

Die Baugewerkschafft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 69.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lützow, 2513.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinsolaten u. dergl.)

Sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 37.

Berlin, den 15. September 1912.

13. Jahrgang.

Fort mit aller Schwarzseherei!

Es gibt im Leben Menschen, die stets fröhlich und guter Dinge sind, die jede Sache von der besten Seite betrachten. Was sie anfangen, geschieht ohne Sorgen und ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob es auch zu ihren Gunsten ausgehen wird. Selbst in schwierigen Situationen bleiben sie guter Laune und eben fast lustig in den Tag hinein, in der Hoffnung, daß schon alles gut gehen wird. Sich ängstigen oder Gedanken und Sorgen machen, kennen sie nicht. Sie sind immer zufrieden. In gewisser Beziehung sind solche Menschen zu beneiden. Man nennt sie auch Optimisten, Leute, die stets nur das Beste sehen und wissen.

Im Gegensatz zu diesen sind es die Pessimisten oder Schwarzseher, die jeder Sache die schlechtesten Seiten abgewinnen. Mit allem, was gewesen ist, sind sie unzufrieden. Nichts geschieht, woran sie nicht etwas mißgeln und zu kritisieren fänden. Nichts kann ihnen recht gemacht werden. Noch weniger aber haben sie Vertrauen in die Zukunft. „Es nützt ja doch nichts!“ ist ihre letzte Weisheit. Für ernste Arbeit und solche Menschen nicht zu gebrauchen. Sie sind ja selbst zur Last und verleidet nicht selten auch den fleißigen und überwilligen das Vorwärtsstreben. Verschelt wäre es gewiß, wollte man den allzu rohen Optimismus als Ideal darstellen. Wohl sagt ein Sprichwort: „Frisch begonnen ist halb gewonnen!“ Das schließt aber nicht aus, daß man mit Überlegung handeln soll. Und mancher Optimist, der das nicht tat, hat die Erfahrung gemacht, daß seine allzu vertrauensvollen Anschaunungen nicht die richtigen waren.

Aber erst recht nicht sind es die Pessimisten, mit denen es einer halten kann, der ein großes Ziel zu streben gewillt ist. Nichts Gutes ist von einem Schwarzseher zu erwarten. Immer und überall waren es, die das Gediehen einer Arbeit oder eines Unternehmens verhinderten oder doch sehr beeinträchtigten. Weiselloß hat der Pessimismus hundertmal mehr Schaden verhindert, als der Optimismus Schaden anrichtet hat. Ist es doch nicht selten geschehen, daß ein einziger solcher Schwarzseher in wenigen Minuten zerstörte, was viele andere in langer, mühevoller Arbeit aufgebaut hatten.

Leider haben wir solcher Schwarzseher auch recht oft im Arbeiterstande, und es besteht kein Zweifel, daß sie dessen weitere Entwicklung gewaltig hemmen. In erster Stelle gehören zu diesen die Indifferente, die die dargebotenen Mittel der Selbsthilfe abschmähen, dafür aber um so mehr mißgeln und die schlechten Verhältnisse schimpfen. Mit dem „nützt ja doch nichts!“ suchen sie sich an der Organisation vorbeizudrücken, und das obwohl auch ihnen die glänzenden Erfolge ihrer organisierten Arbeitsbrüder handgreiflich vor Augen liegen. Und steht es im allgemeinen mit der Beteiligung und Unterstützung aller anderen zur Hebung des einzelnen wie des Standes geschaffenen Errichtungen, da sind: konfessionelle Arbeitervereine, Baumgrenzenvereine, Konsumvereine u. dgl.? Leider zu oft zeigt sich hier der schwärzeste Pessimismus, zum allergrößten Schaden für die Sache. Selbst auch Gewerkschaftler sind hier nicht immer unschuldig.

Und soll schließlich auch noch darauf hingewiesen werden, welchen enormen Nachteil die Schwarzseherei die Agitation bedeutet? Wenn diese schon ohne Furcht und Liebe mit saurer Miene und ohne Hoffnung Erfolg mit dem Wahrspruch des Pessimisten: „nützt ja doch nichts!“ beginnen wird, so ist ein solches Resultat fast unmöglich. Gewöhnlich ist es

wenigstens so, daß der Erfolg einer Arbeit zum großen Teile bedingt ist von der mehr oder weniger guten Stimmung des Ausführenden und von dem Vertrauen, welches man in sie setzt.

Aber nicht nur, daß der Schwarzseher für sich allein jeder Entwicklung hinderlich im Wege steht. Nein, seine finsternen, sauren, zwieloßen Ansichten wirken wie ansteckend auch auf die Vorwärtsstreben, indem auch diesen alle Lust und Liebe zur weiteren Betätigung allmählich schwindet. Da, nicht selten vermag ein solcher die gute Stimmung in einer Versammlung oder Sitzung ins Gegenteil umzukehren und dadurch jeden Erfolg zu vereiteln.

So sehen wir, daß der Pessimismus ein Hindernis ist für eine jede gedeckliche Entwicklung. Daher fort mit ihm! Als christliche Arbeiter haben wir Hindernisse genug zu überwinden, als daß wir uns selbst noch solche zu schaffen brauchen. Mit Pessimismus im Herzen schlägt man keine Schlachten, wohl aber mit begeisterter Hingabe für eine Sache und Vertrauen in die eigene Kraft. Nun wir in diesem Sinne weiter arbeiten an der Hebung unseres Standes und anderseits unsere bisherigen großen Fortschritte betrachten, so haben wir auch absehbar keinen Grund, schwarzseherische Anschaunungen auszumachen zu lassen, auch dann nicht, wenn noch ernste Zeiten kommen oder erwartete Erfolge einmal ausbleiben. Darum nothwendig: Fort, weit fort mit aller Schwarzseherei!

D. L.

Die Teuerung.

Seit mehr als einem Jahr leiden wir an einer ungewöhnlichen Versteuerung wichtiger Lebensmittel. Da von dieser Versteuerung die ärmeren Volkschichten am härtesten betroffen werden, droht sie zu einer großen Katastrophe auszuwachsen, die das weitgehendste öffentliche Interesse weckt. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich denn auch bereits intensiv damit, Protestversammlungen finden statt, auch öffentliche Körperschaften, wie städtische Behörden usw., nehmen Stellung dazu.

Die diesjährige Teuerung unterscheidet sich insofern von der vorjährigen, als es sich in erster Linie um eine Fleischsteuerung handelt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der normale Fleischpreis schon eine Höhe erreicht hatte, die das zulässige Maß nicht mehr innehatte. Eine Preissteigerung von 15 bis 30 Pf. pro Pfund noch zu diesen „normalen“ Preisen hinzu, muß eine ganz empfindliche Wirkung auslösen. Die vorjährige Teuerung betraf vorwiegend Hülsenfrüchte, Brotgetreide, Gemüse und Kartoffeln. Gemüse und Kartoffeln sind im Preise gesunken, während erstere auf dem Preisniveau vom Vorjahr ziemlich geblieben sind.

Die Ursachen der vorjährigen Teuerung sind bekannt. Sie lagen in der Miserate infolge der großen Dürre. Allerdings konnte in Deutschland beim Roggen von einer Miserate nicht geredet werden, trotzdem ging auch der Brotpreis in die Höhe. Auch die Aussicht auf die vorigjährige Roggengärnte in diesem Jahr hat nur in vereinzelten Fällen einen Preisrückgang bewirkt. Nun hat sich gewiß die Aussicht für die übrige Ernte, insbesondere für Weizen und Hafer, durch die nasse Witterung im August und jetzt noch verschlechtert. Inwieweit die Kartoffelernte durch die Kälte ungünstig beeinflußt wird, läßt sich heute noch nicht übersehen, die Kartoffelernte gedeihen dafür um so besser, was für unsere Erhaltung von erheblicher Wichtigkeit ist. Daß die Preise, von den schon angeführten Produkten abgesehen, trotz der allgemein besseren Ernteaussichten und Ergebnissen, nicht

zurückgehen, zum Teil sogar noch anziehen, muß darum um so auffälliger sein. Um so mehr noch, als neue steuer- und zollpolitische Maßnahmen nicht eingetreten sind und auch nicht eintreten werden.

Worin liegen denn nun eigentlich die Ursachen dieser Teuerung? In den Ernteverlusten Deutschlands sind sie nicht begründet, neue steuer- und zollpolitische Belastungen sind nicht hinzugekommen. Der Zolltarif von 1902 ist über sechs Jahre in Kraft, die Reichsfinanzreform hat nur Bündelsätze und Kasse, außer anderen Gewinnmitteln, berücksichtigt. Diese Faktoren können somit als preissteigernde Kräfte in gegebener Zeit nicht angesprochen werden. Hinsichtlich der Viehhaltung und der veterinarpolizeilichen Vorschriften ist ebenfalls keine Änderung eingetreten. Trotzdem hört man heute in freihändlerischen und sozialdemokratischen Kreisen, daß nur die hier angeführten, die freie Ein- und Ausfuhr betreffenden Einschränkungen an der Teuerung schuld seien. Wer objektiv und sachlich urteilen will, kann diese Behauptung nicht aufrecht erhalten. Diese Tatsache wird von dem Geschäftsführer des (liberalen) Deutschen Bauernbundes Dr. Böhme in bemerkenswerter Weise in der Zeitung „Der Tag“ Nr. 209 vom 6. September festgestellt. Er schreibt:

Als seinerzeit bei dem Kampf um die Zollpolitik der Bund der Landwirte für Roggen und Weizen einen Mindestzoll von 75 % pro Tonne (20 Centner) verlangte, bezeichnete er in seinen Eingaben an den Reichstag einen Weizenpreis von 210 %, einen Roggenpreis von 170 % pro Tonne als das erstrebenswerte Ziel. Es ist bekannt, daß die Mehrheit der schwarzärmnerischen Parteien derartige Zollsätze nicht ohne Grund für zu hoch ansah, und es bei einem Zoll von 55 % pro Tonne Weizen und 50 % pro Tonne Roggen kein Bewinden hatte. Die Caprivischen Zollsätze von 30 % wurden demnach um 20 % pro Tonne Weizen und 15 % pro Tonne Roggen erhöht. Tatsächlich ist nun aber die Preisentwicklung beim Brotgetreide folgende gewesen: Steilen wir das erste Jahrhundert unter den Caprivischen Handelsverträgen dem ersten Jahrhundert der heutigen Zölle gegenüber, also den Zeitraum 1893 bis 1897 verglichen mit 1907 bis 1911, dann ergibt sich eine Steigerung des Durchschnittspreises für Weizen von 152 auf 213,40 % pro Tonne. Die Preissteigerung betrug demnach 61,40 %, während die Erhöhung des Zölles nur 20 % betrug. Der Roggenpreis stieg von 124 % im Durchschnitt der Jahre 1893/97 auf 175,30 % 1907/11, also um 51,30 %, während die Zoll erhöhung nur 15 % betrug. Die veränderte Weltmarktkonjunktur hat demnach in beiden Fällen eine mehr als doppelt so hohe Preissteigerung herbeigeführt, wie das die Änderung der Zollpolitik ermöglicht hätte, selbst unter der unzweckenden Annahme, daß der Zoll völlig in den Preisen zum Ausdruck kommt. Der Brotgetreidepreis ist demnach im Durchschnitt des letzten Jahrhunderts beim Weizen um 3 %, beim Roggen um 5 % höher gewesen als der vom Bund der Landwirte als notwendig bezeichnete Preis. Im Jahre 1912 haben im ersten Halbjahr die Preise für Weizen mit 221 % um 11 %, beim Roggen mit 194 % sogar um 24 % höher gestanden als der vom Bund der Landwirte verlangte Normalpreis. Es muß gezeigt werden, daß diese Preishöhe hart an der Grenze dessen steht, was noch zu ertragen ist. Hier indessen sollte nur festgestellt werden, daß die gegenwärtige Preisentwicklung beim Getreide nur in ganz geringem Maße auf die Börse zurückzuführen ist.

Diese Ausführungen beweisen, daß der Grund für die gegenwärtige Preissteigerung wunderbar zu suchen ist. Ob die Aufhebung der Börse einen merkbaren Umschwung herbeizuführen vermöchte, ist deshalb nicht ohne weiteres zu beantworten, weil das

Abusus unter der gleichen Kalamität selbst, die Steuerung gleichsam international ist. Ohne Zweifel liegt der Grund in der veränderten Getreideweltmarktlage, den Nachwirkungen der allgemeinen Missernte vom vorigen Jahr, dem wucherischen Erstbeben großer Lebensmittelhändleringe und einer erhöhten Versteuerung durch den Zwischenhandel.

Über die Entwicklung der Fleischpreise schreibt der schon genannte Dr. Böhme:

„Das gleiche Bild wie die Entwicklung der Getreidepreise zeigt die Entwicklung der Viehpreise. Betrachten wir die beiden für die Bevölkerungsnährung wichtigsten Viecharten, Rindvieh und Schweine, so ergibt sich eine Steigerung des Preises für Schlachtwieght bei Rindvieh 1907/11 gegenüber 1893/97 von 114,20 M pro Doppelzentner auf 143,20 M, also um 29 M pro Doppelzentner, bei Schweinen von 98,40 M auf 121,20 M, also um 22,6 M pro Doppelzentner. Die Zölle betrugen bei Ochsen zur Zeit der Caprivi-Verträge 25,5 M pro Stück, unter den neuen Handelsverträgen 8 M pro Doppelzentner Lebendgewicht. Der Städzoll in Gewichtszoll verwandelt dürfte etwa 3,50 M pro Doppelzentner Lebendgewicht betragen, er ist also um 4,50 M in den neuen Verträgen gestiegen. Auf Schlachtwieght berechnet, kann demnach höchstens von einer Erhöhung des Zolles um 7 bis 8 M pro Doppelzentner die Rede sein. Die Preissteigerung aber betrug 29 M. Bei den Schweinen befand früher ein Städzoll von 5 M, in der Gegenwart ein Zoll von 9 M pro Doppelzentner Lebendgewicht. Die Steigerung des Zolles beträgt hier somit 1 M, das Schwein gleich ein Doppelzentner Lebendgewicht gerechnet. Da das Schlachtwieght bei Schweinen einen größeren Prozentsatz des Lebendgewichtes ausmacht als bei Rindvieh, kann höchstens von einer Steigerung des Schätzolles von 5 M pro Doppelzentner Schlachtwieght die Rede sein. Die tatsächliche Preisenentwicklung brachte aber eine Steigerung um 22,6 M. In beiden Fällen wäre die Preissteigerung, falls nur der Zoll mitgemessen war, noch nicht ein Drittel der tatsächlichen Preissteigerung gewesen.“

Während hier wie dort das gleiche Bild. Nun wird den Fachmännern behauptet, daß das verfügbare Einkommen am Rind- und Kalbfleisch zurückgegangen sei, dagegen sei dasjenige von Schweinefleisch gestiegen. Stellt man dem den erhöhten Verbrauch des Fleisches auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber, so ist die erhöhte Nachfrage als preissteigerndes Moment noch beim Rindfleisch erfärblich, nicht aber beim Schweinefleisch. Insbesondere scheinen auf dem Gebiete der Fleischversorgung der Bevölkerung große Mängel zu bestehen.

Es mag nun sein, wie es will, auf alle Fälle besteht ein größerer Rückstand, dem es zu neuern gilt. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß unsere ganze soziale Arbeit illusorisch wird, wenn es nicht gelingt, bestehende anormale Zustände wieder in ihr normales Zustand zu setzen. Parlament, Kommune und Selbsthilfe haben einzutreten. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Getreidepreise auf einem erträglichen Niveau zu erhalten, aber auch daß es einem wucherischen Händlertum unmöglich wird, ähnlich wie im

vorigen Jahr, als die Fracht für Kartoffeln herabgesetzt wurde, diese in einen erhöhten Preis umzuwandeln und in die eigene Tasche zu stecken. Die Zufuhr fremden Fleisches muß in erweitertem Maße gestattet werden, und zwar so weit, als es nicht den Gesundheitszustand unseres eigenen Viehbestandes unbedingt gefährdet. Wenn gesagt wird, daß Australien sei selbst nicht imstande, uns Vieh abgeben zu können, so soll man erst recht den Versuch machen. Allgemein und auch mit Recht ist die Meinung, im Volk verbreitet, daß unsere veterinärpolizeilichen Vorschriften mehr oder weniger einem Einführverbot nahekommen. Insbesondere aber muß eine gründliche Wandlung in dem Verhältnis zwischen Landwirt und Viehzüchter angestrebt werden. Das Mästertum und die Viehhändler sind an der enormen Preissteigerung nicht unschuldig, in den Großstädten sind vielfach die Viehzüchter nur noch Auszuhauer, die sich morgens am Schlachthof das geschlachtete Vieh kaufen, und dann nach vorgeschriebenen Preisen im Laden weiterverkaufen dürfen. Die Kommunen müssen dazu übergehen, die Nahrungsmittelpreise durch eigene Verkaufsstellen zu regulieren, die Konsumenten aber sollen sich durch genossenschaftliche Selbsthilfe wehren. Der Kleinhandel ist ein willensloses Werkzeug in den Händen des Großtiers, nur machtvolle Genossenschaften können diesem ein Paroli bieten. Aber Hilfe tut dringend not, möge der Hilferuf der Millionen von Arbeitern nicht ungehört verhallen.

Entstehung, Wesen und Bedeutung der Statistik.

Die Statistik nimmt heute auf weiten Gebieten des öffentlichen Lebens eine achtunggebietende, einflußreiche Stellung ein. Reich, Staat, Kommune, Allgemeinheit, Privatwirtschaft, Wissenschaft bedienen sich ihrer Hilfe in ausgedehntem Maße. Die Statistik ist selbst zu einer Wissenschaft geworden. Mit diesen Worten führt Dr. Bahn (Direktor des statistischen Landesamts in Bayern) das große Werk ein: „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand.“ Eine Wissenschaft, die zu einer solchen Bedeutung emporgestiegen ist, verdient es, in den breiten Volkskreisen bekannt zu werden.

Zunächst handelt es sich darum, zu zeigen, daß die Statistik keineswegs so verlogen und langweilig ist, wie man ihr oft vorwirkt. Allerdings sind ihre Ergebnisse auch nicht so todsicher, wie von manchen angenommen wird. Unsere Ausführungen sollen dem Leser vor allem auch zeigen, nach welchem Maßstab man eine Statistik beurteilen sollte.

Erst in neuerer Zeit ist ein wesentlicher Fortschritt in der Statistik erzielt worden. Früher war die Statistik die Lehre von den Staatsmerkwürdigkeiten und den Staatskräften. Dazu zählte ebenfalls alle in einem Staate augetroffenen Sachen, die dessen Sozialzustand in einem merklichen Grade anzeigen, sei es, daß sie solche hindern oder fördern. Diese Aussausung entsprach etwa dem einfachen Wirtschaftsleben zu der Zeit, in der Adam Smith lebte (seit 1748 lehrte er an der Götinger Universität). Aber schon einer seiner Schüler kam dahinter, daß der Statistik größere Aufgaben gehoben werden müßten und daß das Seelen der Statistik gründlicher zu erforschen sei. Dies zeigte er an folgendem Beispiel: Die Kleidung

ist an sich keine Staatsmerkwürdigkeit, aber wenn Schnürbürlste, wie auf den Oberalpen, einen nachteiligen Einfluss auf die Schwangeren haben, wird die Schnürbürlste zu einer Staatsmerkwürdigkeit. Und sehr特征的 sind auch seine Schüler Schröter den Wert genauen Zahlenangabe. Mit allgemeinen Angaben, das Land einen gezeigten Weinbau, schöne Manufakturen, einen blühenden Handel, etwas Kornbau usw. haben alle Erd- und Reisebeschreibungen, aber mit den gleichen Angaben; solange sie nicht in richtigen, wahrscheinlichen Zahlen ausgedrückt werden, ist der Staatsfunds weggelassen.

Diese Aussausung war bis in die neueste Zeit hinmaßgebend. Sie mag für eine Zeit berechtigt gewesen sein, in der sich das Wirtschaftsleben viel einfacher als heute abwickelte. Mit der zunehmenden Industrialisierung einzelnen Kulturstaten wurden aber viel höhere Ansprüche an die Statistik gestellt. Aus der Lehre von den Staatsmerkwürdigkeiten und den Staatskräften, wurde die Lehre von den Massen.

Die Statistik stellt Tatsachen fest, aber nicht ihre Tatsachenfeststellung ist Statistik. Wie wir schon hergehoben haben, ist das Kennzeichen der heutigen Statistik die Massenbeobachtung. Diese muß aber so beobachtet sein, daß das Einzelne, das Persönliche, die einzelne Tatsache zurücktritt oder ausgeschieden werden kann; das Gemeinsame aber, das auf innere Zusammenhänge schließt, muß zusammengefaßt und hervorgehoben werden. Ist die Beobachtungsreihe zu klein, dann sind die Besonderheiten zu groß, und eine feste Regel ist nicht erlernbar. Von all den Erfahrungen, die die Massenbeobachtung gebracht hat, ist das Gesetz der großen Zahl zu nennen. Man versteht darunter die Möglichkeit, an in scheinbar zufälligen Dingen Regelmäßigkeiten aufzufinden, oder auch, daß sich ein vom menschlichen Willkürabhängiger Zustand unter denselben Bedingungen denselben Zeiträumen gleich oft wiederholt, wenn er nur so oft wiederkehrt, daß eine Massenbeobachtung möglich ist. Begegnen sich in den Massenbeobachtungen Abweichungen von dem nach dem Gesetz der großen Zahl zu erwartenden Ergebnis, so müssen wir umgekehrt annehmen, daß die Bedingungen nicht mehr dieselben sind, daß sich dies in den Motiven der Handelnden oder in ihrer physischen oder sozialen Grundlage irgend etwas geändert hat. Dieser Schluß aus der Abweichung von einem erwarteten Ergebnis auf eine Ursache, durch die die Abweichung bedingt ist, ist der eigentliche wissenschaftliche Schluß der Statistik. Dr. Böhmer, dem wir hier gefolgt sind, führt hierzu noch aus: Wie groß das Beobachtungsfeld sein muß, damit das Gesetz der großen Zahl Anwendung finden kann, ist Sache der Erfahrung. Oft genügt als Beobachtungsfeld eine einzige Person. Bei selten vorkommenden Ereignissen, etwa bei einem Morde, reicht ein großes Staatscausus aus.

Das eben Gesagte soll ein Beispiel besser veranschaulichen. Wenn wir beobachten, wie eine Schwalbe ihr Nest baut, so haben wir damit beobachtet, wie alle Schwalben ihre Nester bauen. Der Nestbau der einen Schwalbe ist typisch für alle Schwalben, denn ein Schwalbe hat genau so wie die andere. Während also im Wirtschaftsleben Massenbeobachtungen nötig sind, genügt für die Naturwissenschaften der Satz: Was vom Einzelnen gilt, das gilt auch von der Art oder Gattung. Unser Beispiel geht hervor, daß man den typischen Falten im Wirtschaftsleben nicht die Bedeutung beimessen darf, wie es manchmal geschieht. Man greift hin und wieder eine kleine Gruppe von Personen heraus (in der Annahme, bei ihnen seien typische Verhältnisse vorhanden), untersucht bestimmte Verhältnisse und überträgt dann die Ergebnisse dieser Untersuchung auf einen größeren

Die hydraulischen Mörtel.

Die Zementmörtel oder hydraulische Mörtel bezeichnet man jetzt Römertypus, welche sowohl im Südtirol wie auch in der Lombardei zwei unterschiedliche Hauptarten, die Zrete und die Zemente.

Bei der Erörterung der hydraulischen Mörtel wird die den Konsistenzteile des Zementmörtels (Konsistenz und Festigkeit) unter Einbung von Wasser leichter bearbeitet. Dieser Vorgang findet meist Wasser sowie sand wie an der Zeit, da der Sand nicht durch die Konsistenz der Zeit noch mit; sie bewirkt momentan eine lokale Konsistenzstärkung. Bei diesem Gemenge wird man Beobachtungen ganz einige Tage der Konsistenz der Zemente, bevor sie unter Wasser gelegt werden, und bestätigt an diese Stelle auch das Aussehen des Mörtels in den Fugen durch das Wasser.

Die Zemente sind verschieden mineralische Minerale, deren wasserlöslicher Bestandteil eine leichte körnige Kieselsäure ist. Sie haben die Eigenschaft, einem gewissen, jenen Konsistenz bei einem (zugesetzten), dieses in einen Zementmörtel zu verarbeiten. Die natürlichen Zemente sind beständiger: der römische Zrete oder Durz, die italienische Zemente und die Santorinerde. Die Dichtigkeit der hydraulischen Zemente ist schwierig zu messen und das ist größer, je reiner sie gemacht und je besser sie mit dem Wasser verarbeitet werden. Damit zusammenhängt nun die dichte Schärfung; die Zemente werden Zementmörtel genannt.

Der römische Zrete ist ein Zementmörtel; er besteht aus grobem, gebündeltem, porösem, weiß oder brauner Zement, welche mit der natürlichen Zemente nichts gemein hat; beide haben ein vom Wasser angezogene Zemente und Zemente vollständiger Zemente. Der Zrete der Zementmörtel der Zemente mit dem Zrete, der Zrete mit dem Zrete ist der Zrete. Der Zrete ist bei Wasserdruck ist aus dem traditionellen Zrete, der Zrete ist bei Wasserdruck und bildet sehr starken, dichten, weißen Zrete, der Zrete ist der Zrete. Er ist in den Zementen eingebettet, besonders im Zement, im Zement, in der Gegend von Südtirol, bei Zrete, Zrete, Zrete und Zrete, der Zrete ist eine körnige, zementische Zrete.

Zeigt sich bei Romethem. Die Ausgrabungen am Rhein sind schon von den Römern ausgenommen und ununterbrochen bis heute fortgesetzt worden.

Der Zrete wird jetzt nach dem Brechen zu Pulver gerichtet. Dieses natürliche Zementpulver besitzt dann die Eigenschaft, mit Kalz und Wasser zu Stein zu erhalten. Durch Verarbeitung des Zretes in Kalkmörtel wird dieser also hydraulisch d. h. er erhärtet unter sowohl wie über Wasser. Die Regel für die Anwendung des Zretes ist folgende: der für die Mörtelzähligkeit bestimmte Kalkzettel wird zu gleichen Teilen bei entsprechendem Kalkmörtel mit dem Zementpulver gesetzt termixt. Eine man die gewünschte Menge Sand gibt, bleibt diese Mischung einige Tage liegen, um die Kieselsäure im Zrete zum Zementmörtel, zur Konsistenz zu bringen. Mit dem Sande mischt man dann noch 1/2 Teile des zugehörigen Zretes am trockenen Zrete zu.

Die Zementpulver wird bei Puzzuoli am Golfe von Neapel in Italien gewonnen; sie ist ein vulkanisches Gestein wie der Zrete und wird auch wie dieser behandelt und verbrannt. Der Gebrauch der Zementpulver ist schon sehr alt; schon Herodot und Strabon rühmen die Bindemittel des aus Zementpulver hergestellten Mörtels. Vorzüglich braubar erwies sich diese Zemente zum Straßen- und Wasserbau. Die Fugen zwischen den Steinen der antiken römischen Straßen, welche vor 200 Jahren angelegt wurde, haben sich bis jetzt noch fest erhalten. Auch die Brücken des von den alten Römern angelegten Zetes von Sappolo, welche von Badstein mit solchem Zrete ausgeführt sind, widerstehen noch immer den Belastungen des Meeres.

Die Santorinerde, die auf der Insel Santorini im griechischen Archipel gewonnen wird, ist den vorgenannten Zementen ganz ähnlich; sie bietet ein vorzügliches Material zur Herstellung hydraulischer Mörtel und wurde schon seit langer Zeit in den am Mittelmeerliegenden Zainen zu Wasserbauten verwendet. In neuerer Zeit noch sind sie Anwendung zu Wasserbauten in Zainen, Zonen und Zonen. Ihr wahrer Ansehen zeigt am meisten dem Zrete des Zementes. Die aus Santorinerde bereiteten Mörtel bleiben nur so lange trocken und noch weiter, wenn sie in eine kräftige, zementische Zrete.

Die natürlichen Zemente enthalten 60–80 Prozent Kieselsäure in meist loslichem Zustande; das übrige ist Tonerde, Eisenoxyd und Alkalien. Ein Zusatz von Eisen verbessert auch den Zement bei Seewasserbauten. Nach langem für und wider ist man vor einem Jahre auf Grund eingehender Versuche zu dem Schluß gekommen, daß ein Zusatz von Zrete tatsächlich dem Portlandzement im Seewasser eine längere Dauer verleiht. Dieser wird der Verbrauch der Zemente heutzutage durch die Ausdehnung und Verfestigung der Zemente abhängig, immer mehr auf die Fundorte und deren Umgebung beschränkt; dadurch verlieren sie naturgemäß an Bedeutung für die allgemeine Bautechnik.

Mit „Zement“ bezeichnet man allgemein jene hydraulischen Bindemittel, die auf künstlichen Wege hergestellt werden; sie werden durch sorgfältiges Zusammensetzen der Bestandteile, — im wesentlichen kohlenstaubiger Zement und kieselsaurer Ton, — und durch Brennen und Mahlen derselben gewonnen. An künstlichen Zementen kennen wir Portlandzement, Romanzement, Schlämmzement, Ziegelsezement, Terranova u. a.; außerdem gehören hierin die hydraulischen oder Wasserkalte (Zementkalk). Der wichtigste, beste und am meisten gebrauchte ist der Portlandzement; mit seinen Eigenschaften und seiner Herstellung werden wir uns später noch eingehend beschäftigen.

Unter „Romanzement“ (römischer Zement) versteht man alle natürlichen hydraulischen Zemente von hohem Kieselsäuregehalt. Diese Zemente lösen nicht mehr, wenn man sie nach dem Brennen in Wasser taucht; sie müssen daher gewaschen und in Pulverform zur Verwendung gebracht werden. Mergelartige Zementsorten, die bei seinem Korn 20–30 Prozent Kieselsäuregehalt haben, eignen sich gut zur Herstellung von Romanzementen. Der zur Habilitation dieses Zementes bestimmte Mergel wird, wenn er trocken ist, im Sägemehl bei leichter Feuerung gebrannt, wobei sich die Kieselsäure verzögert. Eine Sinterung (Schmelzung) des Zementes, die bei geringerem Kieselsäuregehalt des Zementes nicht stattfindet, kann bei höherem Kieselsäuregehalt vermieden werden. Die gebrauchten Mergel werden sofort zu Pulver verarbeitet; dieses Pulver läßt sich leicht anziehen und ist von gelblicher bis dunkelbrauner Farbe. Die vorliegenden Sorten sind sehr zahlreich.

reis von Personen oder Sachen. Dieses Urtheilungen haben nur sehr bedingten Wert; häufig entstehen daraus ganz falsche Folgerungen.

Auch die Stichprobentatistik liefert kein allgemein gültiges Beweismaterial. Im Falle der Stichprobe schenkt man an, die Personen oder Sachen, die wir untersuchen, kommen dem Durchschnitt nahe. Man untersucht z. B. die Patienten eines Krankenhauses, die Soldaten eines Regiments (z. B. die Zähne über Augen) an einem Tage. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung kann nur als Stichprobenergebnis gelten. Solche Untersuchungen gewinnen aber an Wert, wenn sie regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen vorgenommen werden. Wenn man aus den wiederholten Untersuchungen den Durchschnitt zieht, treten einzelne Eigenheiten in den Hintergrund. Hierher rechnet ich die Arbeitslosenzählungen, ebenso die Verkehrszählungen, die nur an einem bestimmten Tage vorgenommen werden.

Mit der Statistik darf die Enquête nicht verwechselt werden. Neben der Befragung durch Fragebogen findet

bei der Enquête eine mündliche Befragung statt. Wie dies näher ausführt, hat eine Enquête nicht den Charakter einer statistischen Erhebung, denn eine solche ist mein zahlenmäßig und ihrer Natur nach darauf gerichtet, alle Personen oder Sachen, für die gewisse Merkmale auftreten, vollständig zu erfassen. Eine Enquête dagegen gibt die Grundlage zu einer Darstellung von Tatsachen oder Zuständen, bei der Zahlen keine oder eine nur untergeordnete Rolle spielen, und sie soll auch nicht alles erschöpfend feststellen, sondern in der Regel nur gewisse typische Vorgänge oder Verhältnisse erachtlich machen.

Der Fachstatistiker unterscheidet primäre und sekundäre Statistiken. Bei einer Primärstatistik wendet man sich direkt an die zur Auskunft verpflichteten Personen, man fragt sie, und sie antworten darauf. Hierher gehören: die Volkszählungen, die Gewerbe- und Berufszählungen, also die direkten Zählungen. Eine sekundäre Statistik kommt zustande, indem man das Material der Berichts- und Verwaltungsbehörden, die Geschäftsvorfälle bearbeitet. In diesem Falle wird nicht die beteiligte Person befragt, sondern die abgeschlossenen Akten liefern die Auskunft. Es findet sozusagen eine indirekte Zählung statt. Zu dieser Art von Statistik gehören: die Kriminalstatistik, die Statistik der Ehescheidungen usw. Manche Behörden lassen ihr Material selber bearbeiten, andere geben es den statistischen Stellen zur Bearbeitung weiter.

Eine Statistik kann nur Anspruch auf Beachtung machen, wenn vorher alles genau festgestellt ist: wer oder was gezählt werden soll, wann gezählt werden soll und in welchem Gebiet gezählt werden soll. Man nennt dies Einheit der Person oder Sache, Einheit der Zeit und Einheit des Gebiets. Der einmal so festgelegte Plan darf während der Zählung nicht geändert werden. Greifen Sie einmal die Gewerbe- und Berufsstatistik heraus. Es werden da Betriebe gezählt, die von 1–6 Personen, von 7–50 und über 50 Personen beschäftigen. Diese Unterscheidung soll die Grenze zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieb bezeichnen. Ob eine solche Einteilung sachlich richtig ist oder nicht, kann in diesem Zusammenhang verfehrt bleiben. Wichtig aber ist, daß sie bei der Zählung nicht geändert wird. Die Zählung findet in einem bestimmten Tage statt. Das Gebiet ist beispielsweise das des Deutschen Reiches oder der Schweiz.

Sach wichtig für die Beurteilung einer Statistik ist, ob die Zählungen regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen oder mit ganz von Fall zu Fall stattfinden. Eine Zählung, die periodisch stattfindet, hat mehr Wert, als eine solche, die nur ganz von Fall zu Fall oder unregelmäßig stattfindet. Die Zählungen sollen regelmäßig und in kurzen Zwischenräumen vorgenommen werden. Dadurch würden wir einen viel besseren Einblick

in das Management holen können, das volumenbeständig sein, der Lust bei dem Wasser ausgeübt, darf er nicht rissig werden, blättern oder treiben. Beim Anmachen zu Mörtel wärmt sich der Romanzement in der Regel leicht, von den hydraulischen Bindemitteln bindet er ziemlich am schnellsten. Der mit Romanzement hergestellte Mörtel eignet sich besonders zu Bauten unter Wasser.

Die Hauptbestandteile des Schädenzements sind Hochfelschlacke, Kalk und etwas Salzsäure. Dieser Zement nimmt pulverförmig wie gewöhnlicher Zement in den Sand; er ist von großer Bindekraft und erhärtet schnell.

Magnesiafazement ist ein weißer, gießbarer Zement, der schon nach wenigen Stunden vollständig erhärtet. Es besteht aus gemahlenem Magnesit, welches mit einer Magnesiumumlösung zu Brei verrührt wird. Die Masse hat zum Guß und zur Herstellung beliebiger Gegenstände, eignet sich aber durch eine ungewöhnliche Bindemittigkeit ganz besonders als Steinlith für alle Steinarten und zum Zusammensetzen und Ausbessern von Mühlensteinen. Magnesiamörtel wird aus Magnesialalkal und Sand hergestellt.

Terrawax ist ein wetterfestes, beständiges, farbiges Baumaterial zur Mörtelbereitung für dekorative Arbeiten. Die zur Herstellung verwendeten Rohstoffe gehen zum Teil der Gruppe der hydraulischen Bindemittel an und verursachen gerade eine bedeutende Nachfrage im Weiter. Die Färbung wird erzeugt durch Kalkoxyde, welche ebenfalls zur Erhöhung der Bindemittigkeit beitragen und eine härtende Einwirkung üben.

Zur Herstellung von hydraulischen oder Zementmassen eignen sich viele Sorten von Kalksteinen, die etwa 10 bis 20 Prozent Kieselsäure aufweisen. Sie lassen sich leichter zermahlen als fetter Kalk und sind deshalb an den Grundstoffen billiger herzustellen als der reine Kalkstein. Sie werden trocken zu Pulver gelöscht. Die Schärfung dagegen bereitet Mörtel schlecht unter Wasser im Gegensatz zu Zement sehr langsam fort. Seine Hauptliche Verwendung findet der Zementalkal über als Mörtel; er ist namentlich wegen seiner Wohlheitlichkeit geschätztes und vielgebrauchtes Mörtelmaterial.

F. Butterbrodt, Göhrde

in die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens erhalten. In langen Zwischenräumen vollzieht sich in der Regel eine rasche Umwandlung, diese aber wird viel besser in Zählungen erfasst, die in kurzen Zwischenräumen stattfinden.

Ein anderer wesentlicher Faktor ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse neuer Zählungen mit den früheren Jahren. Ergibt sich bei einer Zählung, daß die Fragen nicht richtig gestellt waren, oder will man sonst eine zweckmäßige Neuerung einführen, so muß reiflich überlegt werden, ob an dem ursprünglichen Arbeitsplan etwas geändert werden soll oder nicht. Statt man die Fragen anders über bringt man Verbesserungen an, dann wird sehr häufig die Vergleichbarkeit beeinträchtigt. Ein Vergleich der verschiedenen Zählungen zeigt aber gerade die einzelnen Tendenzen im Volks- und Wirtschaftsleben. Die Bearbeiter des Arbeitsplanes befinden sich in solchen zweifelhaften Fällen in einer sehr ungemeinen Lage. In ihrer Entscheidung müssen sie berücksichtigen, auf welcher Seite die größten Vorteile sind, und demgemäß müssen sie entscheiden.

Wenn das Material eingegangen ist, dann findet die Sichtung und Prüfung statt. Unrichtig beantwortete Fragebögen müssen berichtigt werden. Die sich hieran anschließende Bearbeitung des Materials erfolgt im allgemeinen nach denselben Methoden: Zettelkatalog, Strichzählpfosten, vollständig zu erfassen. Eine Enquête dagegen gibt die Grundlage zu einer Darstellung von Tatsachen oder Zuständen, bei der Zahlen keine oder eine nur untergeordnete Rolle spielen, und sie soll auch nicht alles erschöpfend feststellen, sondern in der Regel nur gewisse typische Vorgänge oder Verhältnisse erachtlich machen.

Der Fachstatistiker unterscheidet primäre und sekundäre Statistiken.

Bei einer Primärstatistik wendet man sich direkt an die zur Auskunft verpflichteten Personen, man fragt sie, und sie antworten darauf. Hierher gehören: die Volkszählungen, die Gewerbe- und Berufszählungen, also die direkten Zählungen. Eine sekundäre Statistik kommt zustande, indem man das Material der Berichts- und Verwaltungsbehörden, die Geschäftsvorfälle bearbeitet. In diesem Falle wird nicht die beteiligte Person befragt, sondern die abgeschlossenen Akten liefern die Auskunft. Es findet sozusagen eine indirekte Zählung statt. Zu dieser Art von Statistik gehören: die Kriminalstatistik, die Statistik der Ehescheidungen usw. Manche Behörden lassen ihr Material selber bearbeiten, andere geben es den statistischen Stellen zur Bearbeitung weiter.

Eine Statistik kann nur Anspruch auf Beachtung machen, wenn vorher alles genau festgestellt ist: wer oder was gezählt werden soll, wann gezählt werden soll und in welchem Gebiet gezählt werden soll. Man nennt dies

Einheit der Person oder Sache, Einheit der Zeit und Einheit des Gebiets. Der einmal so festgelegte Plan darf während der Zählung nicht geändert werden. Greifen Sie einmal die Gewerbe- und Berufsstatistik heraus. Es werden da Betriebe gezählt, die von 1–6 Personen, von

7–50 und über 50 Personen beschäftigen. Diese Unterscheidung soll die Grenze zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieb bezeichnen. Ob eine solche Einteilung sachlich richtig ist oder nicht, kann in diesem Zusammenhang verfehrt bleiben. Wichtig aber ist, daß sie bei der Zählung nicht geändert wird. Die Zählung findet in einem bestimmten Tage statt. Das Gebiet ist beispielsweise das des Deutschen Reiches oder der Schweiz.

Sach wichtig für die Beurteilung einer Statistik ist, ob die Zählungen regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen oder mit ganz von Fall zu Fall stattfinden. Eine Zählung, die periodisch stattfindet, hat mehr Wert, als eine solche, die nur ganz von Fall zu Fall oder unregelmäßig stattfindet. Die Zählungen sollen regelmäßig und in kurzen Zwischenräumen vorgenommen werden. Dadurch würden wir einen viel besseren Einblick

in die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens erhalten. Wenn jemand große Sachkenntnis auf dem Gebiet besitzt, das der Statistiker bearbeitet hat. Es sei nochmals betont: wer immer auch eine Statistik auslegen oder erklären mag, ohne kritisches Verständnis und ohne große Sorgfalt soll niemand an diese Arbeit herangehen. Durch nichts wird das Ansehen der Statistik mehr geschädigt, als durch die Auslegung durch Unberufene. Diese sind es, die dazu beigebracht haben, daß man hin und wieder das Urteil hört: mit der Statistik könne man alles beweisen.

Eine Arbeit über Statistik wäre sehr unvollständig, wenn nicht auch darauf hingewiesen würde, daß die private Statistik mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. In neuerer Zeit sind es hauptsächlich die Arbeitnehmerverbände: Arbeiter-, Privatangestellten-, aber auch Frontenverbände, die durch die Statistik die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Mitglieder erforschen. Da zu kommen die Arbeitgeberverbände, die ebenfalls Erhebungen zu statistischen Zwecken vornehmen.

Die Beteiligung Privater an der Statistik erfordert einige aufklärende Worte. Und zwar deshalb, weil es Leute gibt, die die amtliche Statistik für unannehmbar halten, der privaten aber großes Misstrauen entgegenbringen. Gewiß, in einem Punkte steht es den privaten Erhebungen: sie können nicht mit Zählungswert durchgeführt werden. Die Beteiligung an der Beantwortung der ausgefüllten Fragebögen läßt deshalb manchmal zu wünschen übrig. Zur großen und ganzen aber Erweiterung der Fragen, Sichtung und Prüfung des Materials und in der Bearbeitung stehen die privaten Statistiken den amtlichen kaum nach. Dann die Fragebögen entwerfen und die übrigen Arbeiten werden im allgemeinen von Sachkenner und ja nicht gesuchten Leuten ausgeführt. Was wir über Zeitergebnissen gesagt haben, trifft natürlich auch den Verhältnissen der privaten Statistik angepaßt auf die private Statistik zu.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß nicht nur die Methoden der Statistik verfehrt und vervollkommen werden, sondern auch der Begriff Statistik hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Aus der Zählung von reinen Tatsachen, aus der Lehre von den Massen geworden. Die Statistik ist hier der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gefolgt. In dem Augenblick, wo die Masse als selbständiger Faktor in das Wirtschaftsleben eintrat, mußten sich auch die Methoden der Datenerhebung ändern. Bezeichnend für die heutige Ausprägung der Statistik ist, daß man von Sozial- und Kulturstatistik redet. Zeither konnte der Handels- und Gewerbebetrieb keinen Markt leicht übersehen. Das alles ist anders, viel unübersichtlicher geworden. Die Produktion des Großbetriebes hat einen kleinen, nicht bestimmten Kundenkreis, in dem Hauptzüge durch die Produktion für den Markt erzielt werden für den großen Markt des Landes erzeugt, ja sogar für den Weltmarkt. Mit Recht verlangt der Großzügige, daß ihm da die Statistik den Weg aufzeigt, der zu den kleinen Absatzmärkten führt.

Unsere agrarische Statistik sucht nach diesen Absatzmärkten möglichst günstig zu werben, so z. B. in den Agrarstaaten, das Guß- und Ausfuhrstatistik usw. Die Bedeutung dieser Art von Statistik geht ferner und klar am folgenden Beispiel hervor: Eine Großindustrie in England erwirkt einen Preis für Produkte auch in fremden Ländern, in denen sie nicht produziert, so z. B. in den USA. Die Erfindung einer neuen Maschine in Lancashire kann darüber hinaus in anderen Ländern in den deutschen Märkten liegen, dort zu verkaufen. Ein Werkzeug, über den Bedarf des Weltmarktes kann unter Umständen so oft für die großen Unternehmen verhängt werden. Gibt die private Statistik die Bearbeitung des Materials der Vorprodukte und Diskontofäkte, der Rentabilität des Aktien- und Aktienparcours, der Bruttokapital usw. gibt uns eine bessere, eine wissenschaftliche Einsicht in den Gang des wirtschaftlichen Lebens, eine Einsicht, die schließlich auch für die gesellschaftliche Frage von grösster Bedeutung ist. Böhmer ist der Meinung, daß es uns auf diejenigen Weise gelingen wird, die Verdeckten Wollen der Überproduktion und der Überproduktion ausnahmlich aus ihrem Wirkungsbereich zu entfernen. Dazu der Fortschritte, die die Statistik in dieser Beziehung gemacht hat, ist sie nun sicher auszugeladen, wenn sie die Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigen will.

Am größten aber sind die Fortschritte in der Sozialstatistik. Da sind es namentlich die Wanderungen, die unser Interesse in Anspruch nehmen. Eine genaue Bevölkerungsverschiebung tollzieht sich heute vor unseren Augen. Schwärme von italienischen und slawischen Arbeitern (Sackträgern) ergießen sich teils zu vorübergehendem, teils zu dauerndem Aufenthalt über Deutschland, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten. Eine neue, diesmal Friedliche Volkswanderung, die dem weltgesellschaftlichen Gesetz folgt, daß die niedrigere und anspruchslose Lebensqualität die höhere verdrängt. Mit ihren vervollkommenen Methoden wird die Statistik diesem Wandervorstoß bis ins einzelne hinein gerecht.

In ganz besonderer Weise zeigt sich die Bedeutung der Statistik auf dem engeren sozialen Gebiet. Böhmer kennt die Sozialstatistik geradezu das soziale Gewissen unserer Zeit. Nach seiner Meinung wäre die große französische Revolution nicht ausgebrochen, wenn etwas mehr Statistik als Massenbewußtsein vorhanden gewesen wäre. Das später Staatsmodellungen weniger blutig geworden seien, verdanken wir nicht zum geringsten Teile der Statistik, doch man sich auf die Statistik als einer Waffe bedienen lernte, die auf die Dauer wirksamer ist als Pfeile und Kugeln und als der Theaterdramen großer Volksdemonstrationen. Die Statistik als Waffe der aufstreben den Volksrichten, das ist der wichtige neue Zug, den unsere moderne Statistik gegenüber der bisherigen aufweist. Denn die aufstrebenen Volksrichten haben auch immer die Masse für sich, und die Masse wird nur durch Zählen erfaßt (d. h. durch die Statistik) und kommt sich selbst und den übrigen also erst durch die Statistik zum Bewußtsein.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung sind einzelne Klassen der Gesellschaft beteiligt worden. Dieser Nachteil suchen sie sich entweder durch eigenen Kampf oder mit Hilfe des Staates zu erwehren. Diese Abwehr erfordert, daß überhaupt einmal festgestellt wird, wo Mängel vorhanden sind, und welcher Art sie sind. Alles dies kann aber nur mit größerer Sicherheit durch die Statistik festgestellt werden. Um aber die Lage dieser Schichten genauer kennen zu lernen, muß zu der Feststellung der Tatsachen auch die Vergleichung mit ähnlichen Zuständen in anderen Berufen und Klassen oder in anderen Gegenden und Staaten, die Aufsuchung der Wände, aus denen diese Zustände erwachsen sind, die Feststellung der Mittel, die uns zur Heilung der vorhandenen Schäden zu Gebote stehen, und ihre Anwendung hinzutreten.

Zu den Bemühungen der Reichs- und der einzelnen Gemeindeverwaltungen, die soziale Lage breiter Volksgruppen zu klären, kommt die private Statistik, die gerade auf dem Gebiete der Sozialstatistik eine hervorragende Bedeutung hat, hinzu. Sie dient den aufstrebenden Volksgruppen dazu, ihre zahlenmäßige Bedeutung aufzuzeigen und die Rechte, unter denen sie leiden, vor aller Augen hervorzuheben. Es ist kein Wunder, daß diese Schichten, nun dem Tunich haben, diese Waffe selbst in die Hand zu bekommen. In diesem Zusammenhang kann die Feststellung der Tatsache genügen, daß eine ganze Reihe von Organisationen eigene Statistiken zu schaffen suchen. Das gefüllt vornehmlich auch dann, wenn sie glauben, die amtliche Statistik werde ihren Interessen nicht gerecht, sei es direkt oder unbedingt. Vorläufig ist aber auch die amtliche Statistik gar nicht in der Lage, alle die an sie heranreichenden Wünsche nach wissenschaftlichen Erhebungen zu befriedigen. Wollen die privaten Verbände (vor allem also auch die Beamtenverbände) volle Klarheit über die wirtschaftliche oder soziale Lage, so müssen sie eben selber Erhebungen betreiben.

Nach all dem Gesagten kann es nicht zweifelhaft sein, daß der Statistik eine hohe Bedeutung zufällt. Wo sie vordringt wird, das zeigen unsere Ausführungen; ebenso aber wie auch mit Rücksicht die Sonnenseite der Statistik hervorgehoben. Mit einer so sachlichen Beurteilung ist dem Feier am besten günstig. Er erzieht daraus, daß den Nutzen nun allgemein bei der Beurteilung der Statistik anliegen darf. Nach unseren Ausführungen wird der Feier Statistiken, die seine Interessen berühren, mit großer Sorgfalt und Liebe als früher studieren. Wenn er aber nicht in das Seien der Statistik eingedrungen ist, dann steht er auch, daß sie nicht so langweilig und uninteressant ist, wie sie oft nachgefragt wird. Die Zahlen bestimmen Leben, wenn man sie genauer ansieht. Sie sehen auf und rufen laut in die Welt hinaus, sieht, was wir tun und was wir zu bedeuten haben. Früher schätzte man uns jetzt aber mehr man genauer, wie es um uns steht. Staat und Gesellschaft betrachtet uns, zieht die richtigen Lebzeiten aus den Ergebnissen, damit ihr keinen Zweck nähme.

Was in allem: die Statistik, die einwandfrei zu Seite gekommen ist, überträgt nunmehr die Phantasie auf die Erfüllung.

D. G.

Allgemeines.

Der Arbeiter (Sitz Berlin) registriert vielmehr alle politischen Streiks, Aussperrungen, die ohne Erfolg endeten. Er will damit beweisen, daß der von ihm "Bauarbeiterkampf" eingenommene "Nachstand" verkehrt und die von "Sitz Berlin" angemahnten Maßnahmen die allein richtigen sind. Nur braucht über die hier angezeigte Methode kein Fort weiter zu verfahren, ihre Erfolgslosigkeit tritt zu offensichtlich heraus. Um so interessanter ist eine Ausstellung der "Berichtszeitung des Volksatzes" (Nr. 201), einem den Bauarbeiter-Berichten dienenden Blatt, über Streiks und Aussperrungen in ihren Urhöfen und Ergebnissen. Die Ausstellung bezieht sich auf das Jahr 1910. Als Geprägungsergebnisse der Kreisfeste werden angeführt:

Nr. 37 a. S. der Arbeitsschule drohen ihnen 1500 Streiks überzeugt keinen Erfolg, 43 b. S. der Streiks hatten für sie teilweise und 20 c. S. teilweise Erfolg. Nach Aussage der Zahl der Arbeitsschüler stellen sich die Ergebnisse so: so etwas geringer: nur 31 v. S. der Arbeitsschüler waren den Streik beendet, ohne dabei etwas zu haben; einen teilweisen Erfolg hatten 55 v. S., einen vollen Erfolg 13 v. S. der Arbeitsschüler erreichten. Diese Ergebnisse sind für die freikämpfenden Arbeiter etwas schwächer als in den Jahren 1904 bis 1906, in denen die Ausprägung der Streiks mit vollen Erfolg fast durchweg war.

Was geringer gefallt, so das Bild über die Ergebnisse der Aussperrungen. Besonders deutlich macht das Werk:

Die Ergebnisse zeigen ein sehr schlechtes Bild. Bei den von den Arbeitern kundgemachten Arbeitsschulen kann ein solter Erfolg nur in 7 v. S. der Aussperrungen erreicht werden, so hatten doch 1610 Aussperrungen über weniger 91 v. S. einen teilweisen Erfolg, aber 2 v. S. der Aussperrungen erzielten völlig erfolglos. Auch auf dem Gebiete der Aussperrungen befinden sich die teilweisen Erfolge vor, aber sie sind für sich allein, auch ohne daß man ihnen die vollen Erfolge hinzutreibt, so sieht es der Arbeitsschule, daß die wenigen Fälle, in denen die Aussperrungen eine Erfolg geschlagen haben, darüber nicht ins Gewicht fallen.

Der von — noch festgestellte Maßnahmen des Minister besagt, daß durch das Gesetz der "Arbeitsbeschaffung" dieses der "Streikpostenbehörde" die Unternehmen zu immer umfangreicher verboten werden können, die Möglichkeit einer

Erfolges für die Arbeiter bei solchen Massenkämpfen aber immer geringer, wenn nicht ganz ausgeschlossen würde. Es hat bei dieser Argumentation besonders auf die Entwicklung im Baugewerbe verwiesen zu sollen geglaubt. An diesem einen hier angeführten Beispiel mag er erkennen, wohin man mit den schönsten Theorien kommt, wenn sie aufgestellt sind ohne Rücksichtnahme auf die tatsächlichen Verhältnisse.

* * *

Als neueste Erscheinung auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung hat sich vor einiger Zeit ein Reichsverein liberaler Arbeit und Angestellter gebildet. Die Gründung ging in der Hauptsache von dem Sekretär der Hirsch-Dünnerischen Gewerkschaften, Herrn Anton Erkelenz, aus. Es handelt sich nicht um eine Zusammensetzung der liberalen Arbeiter überhaupt, sondern der neue Verein hat sich eng an die Fortschrittliche Volkspartei angeschlossen. Man kann die erfolgte Neugründung wohl am treffendsten als eine Stützungsaktion zugunsten der im Niedergang befindlichen Hirsch-Dünnerischen Gewerkschaften charakterisieren. In einem Artikel der „Frankfurter Zeit.“ (Nr. 237), betitelt: „Grundzügliches zur liberalen Arbeiterbewegung“, läßt sich Erkelenz näher über die Frage aus, wo und wie die politisch-liberalen Arbeiterbewegung den Hirsch-Dünnerischen Gewerkschaften hilfreich beispringen könne. Er schreibt:

„Den Berufsorganisationen, die mit uns auf freiheitlich-nationalen Boden stehen (gemeint sind die Hirsch-Dünnerischen D. A.), haben wir wichtige Dienste zu leisten. Sie sind, im Gegenzug zu den Berufsorganisationen der Sozialdemokratie und der Zentrumspartei, meist „rein wirtschaftliche“ Vereinigungen. Ob das so sein muß, ist hier nicht zu untersuchen. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen. Und wir sehen keine wesentlichen Anlässe zu einer Aenderung dieses Zustandes. Neben manchen idealen Vorteilen fließen aus diesem Geschäftsmode erhebliche Nachteile für die freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung. Dazu gehören unzureichende Vertretung ihrer Forderungen im Parlament durch das Fehlen von Sachverständigen. Das Fehlverhandeln einer alle Verbände der freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung umfassenden Stelle berechtigt sie eines weithin wirkenden Organs zur Beeinflussung der Öffentlichkeit. Die großen Gesichtspunkte, die auch in der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung leben, seit können oft genug zu wenig zum Ausdruck. In diesen Dingen kann eine politisch-liberalen Arbeiterbewegung den Berufsorganisationen die größten Dienste leisten, ohne ihre gewerbetreibende Selbstständigkeit im geringsten zu beeinträchtigen.“

Die Gründer der politisch-liberalen Arbeiterbewegung werden kaum viel Freude an ihr erleben. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß diese Bewegung unter den deutschen Arbeitern einen größeren Resonanzboden nicht finden wird. Dafür ist die Bereitwilligkeit in der deutschen Arbeiterbewegung zu groß, und den Hirsch-Dünnerischen Gewerkschaften wird auch eine politisch-liberalen Arbeiterbewegung nicht mehr an die Stricke zu holen vermögen. Sie haben in den letzten Jahren alles Mögliche versucht, um ihren Zonen wieder größere Zugkraft zu verleihen. Und der Erfolg? Sie haben heute noch nicht die Mitgliedszahl erreicht, die sie schon vor Jahren hatten. Dabei haben sie eine Vergangenheit von fast 4½ Jahrzehnten hinter sich.

* * *

Die Befreiung der Konsumvereine. Der Zentralverband für Handel und Gewerbe hielt fürztlich seine vierjährige Hauptversammlung in Hannover. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Befreiung der Konsumvereine und Filialgeschäfte. Das Referat hierüber hatte Bauer-Hamburg. Nach dem Bericht der „Reichs-Feinf. Zeit.“ führte er aus:

„Die Konsumvereine bildeten sich heute einen Staat im Staate, sie seien eine sozialistische Organisation und erzielten die Erfüllung des Mittelstandes. Diejenigen Laien, die selbständiger Existenz mit ihrer Familien, dieser tückischlosen Vernichtung eines vaterländischen Standes sollte der Staat nicht tatenlos gegenüberstehen. Es müßte eine angemessene Befreiung eintreten lassen. Aber hat man schon in vielen Städten und Bundesstaaten eine Befreiung einzuführen, aber diese ist durchaus ungerechtfertigt. Der Kampf gegen die Konsumvereine muß organisiert und zentralisiert werden. Der Redner bevorzugt die progreßive Befreiung bis zum Jahre der Konsumvereine nach dem Hamburger Modell. Seit langem wacht der Mittelstand auch vergebens auf die Steuer des Unternehmens der Filialgeschäfte. Auch hier war eine progressive Befreiung einzutreten. Der Antrag wurde mit dem Besatz, daß sich die Betriebsräte auch auf die Betriebsräte und Betriebe, die mehr als eine Betriebsgruppe führen, sich beziehen sollen, angenommen. Weiter wurde der Bericht beantragt, dieses Antrag der Zentralstelle zur Bekämpfung der Konsumvereine gut energetisch bearbeitung zu übernehmen.“

Mit solchen Maßnahmen und Überredungen wird sich der Mittelstand kaum neue Sympathien erwerben. Der will die „Unterstützung Laien der selbständigen Existenz“, wie die „tückischlose Vernichtung eines vaterländischen Standes?“ Die dem „Festdeutschen Verband der Konsumvereine“ nahestehende christlich-nationale Gewerkschaftsleitung sieht nicht. Im Gegenteil, sie sieht wohl zu würdigen, von welcher Bedeutung die Erhaltung eines gehobenen, lebensfähigen Mittelstandes für die Zukunft unseres sozialen und Wirtschaftslebens ist. Aber es kann uns Arbeiten niemand verbieten, wenn wir die Rechte des Mittelstandes diesem zunächst selbst überlassen und in einer Weise bedacht sind, der Not im eigenen Stande zu steuern. Solange die Konsumvereine vielfach das einzige Mittel sind, daß ungenügend der Arbeitser-

folkommen mit den geltenden Lebensmittelpreisen wenigstens einigermaßen in Einklang bringen, so kann sie auch ihre volkswirtschaftliche und soziale Existenzberechtigung. Und solange sie diesen Zweck erfüllen werden wir uns gegen jede Abschaffung besteuern der Konsumvereine. Uns will dünken, es wäre in mancher Beziehung im Mittelstand besser aus, wenn man stets immer nach der Gesetzesgebung zu rufen, etwas mehr soll die Hände geregt hätte. Die Selbsthilfe war noch immer die schnellste und wirksamste Hilfe. In dieser Hinsicht wird der Mittelstand noch vieles lernen müssen, wenn andererseits eine Besserung in seiner Lage eintreten soll.

* * *

Römisch-katholische Arbeitervereine zur Gewerkschaftsfrage. Der Osnabrücker Diözesanverband römisch-katholischer Arbeitervereine stellte sich auf seinem Ende Jusi in Bremen an gehaltenen Delegiertentag einmütig auf den Standpunkt, daß die dem Osnabrücker Diözesanverband und den Nordischen Missionen angeschlossenen katholischen Arbeitervereine stets und ständig ihre Mitglieder ausschließlich nur den christlichen Gewerkschaften zuführen, weil alle anderen Gewerkschaftsrichtungen mehr oder weniger im direkten Gegenzug stehen zu den Grundsätzen der katholischen Arbeitervereine, die dieselben in unserem Wirtschaftsleben angewendet wissen wollen.“

Die katholischen Arbeitervereine der Erzbistüme förderten auf ihrem Delegiertentag am 4. und 5. August d. J. einen Beschuß zur Gewerkschaftsfrage, worin es heißt: „Gegenüber den neuendigen in stärkerem Maße zutage getretenen Bestrebungen der gelben Werksvereine weiß der Delegiertentag auf die bereits auf früheren Tagungen gefassten Beschlüsse hin, wonach die gelbe Bewegung grundsätzlich abgeschaut werden muß, da nach ihrer ganzen Zweckbestimmung als nicht im Interesse des Arbeiterstandes liegend angesehen werden muß. Als Organisation für die wirtschaftliche Interessenvertretung des Arbeiterstandes kann für die katholischen Gewerkschaften nur die christliche Gewerkschaftsbewegung in Frage kommen, die sowohl im wohlvorbereiteten Arbeiterinteresse als auch aus volkswirtschaftlichen und nationalen Gründen die nachdrücklichste Förderung verdient.“

Eine Vorstandskonferenz der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine des Bezirks Sterkrade führte am 25. August einstimmig folgende Resolution:

„Die Konferenz der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine von Sterkrade und Umgegend erneuerte den Beschuß des ersten Diözesan-delegiertentages in Coesfeld (1907) und verpflichtet sich, in allen Vereinen ganz entschieden gegen die gelben Werksvereine Stellung zu nehmen. Dieser Beschuß lautet: Der Verbandsdelegiertentag der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Diözese Münster verurteilt ganz entschieden die Gründung von sogenannten gelben Gewerkschaften; denn diese Organisationen werden dadurch, daß sie im Interesse des Unternehmertums auf das Streitrecht verzichten, zu Vertretern an den Menschenrechten der deutschen Arbeiterschaft, stellen sich den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft hindern und in den Weg und befürden schließlich nur die sozialdemokratische Bewegung. Gleichzeitig mit den gelben Gewerkschaften sind die „katholischen Arbeitervereine“ und müssen daher die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine rundweg die Summung zurückweisen, mit diesen, daß Wort „Vaterland“ missbrauchenden Vereinen auch nur irgendwie gemeinsame Sache zu machen. Vielmehr werden nach wie vor unsere Vereine gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften ihre ganze Kraft einsetzen zur Stärkung der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung.“

Dass die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands — ebenso wie die süd- und ostdeutschen — für die christlichen Gewerkschaften eintreten, ist allgemein bekannt. Die vorliegenden Beschlüsse seien deshalb erwähnt, weil sie eine schartige Abzage an die gelben Vereine bedeuten, die sich in letzter Zeit aufrüdiglich um die Freundschaft der konfessionellen Arbeitervereine bemühen.

* * *

Industrielle gegen ein Verbot des Streikpostenschiebens. Der Ausschuß der Ortsgruppe Solingen des Hanja-Bundes beschloß sich mit der von der Februarführung des Hanja-Bundes herausgegebenen Denkschrift über den Schutz des Rechts auf Berufsausbildung gegen unerlaubten Zwang. Dabei kam auch die Frage des Streikpostenschiebens zur Erörterung. Darüber berichtet die „Köln. Zeit.“: „In der Frage des Verbots des Streikpostenschiebens wurde die Erwagung als ausschlaggebend angesehen, daß ein solches Verbot geeignet sei, die bestehenden Gegegnätheit erheblich zu verschärfen. Es fand vielmehr darum darauf an — und dieser Grundsatz ist auch in diesen Fragen hinzuarbeiten, wobei natürlich vor allem die Produktion gesichert werden müsse. Vorwiegend den Führern des Verbandes der Solinger Fahrradfabrikantenvereine wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß bei beständiger Taktik und ruhigem Vorgehen eine gewisse Streikmündigkeit auf Seiten der Arbeitnehmer eintrete. Es empfiehlt sich, ein Vergleichsstatut aufzustellen, so wie es bereits dort in Lohntariffräumen bestande. Alle derartigen Bestrebungen würden natürlicherweise durch Ausnahmen bestimmt werden müssen. Vorwiegend den Führern des Verbandes der Handwerks wurde dagegen gestellt, daß ein Verbot des Streikpostenschiebens auch die Bekämpfung der Schuhkonkurrenz unmöglich mache. Vor allem bestand aber darüber Einigkeit, daß bei Streiks in erster Linie die beauftragten Organe, also die Polizei, sich ihrer Pflichten bewußt und deren Grenzen voll und ganz bewußt setzten. Häufig gingen die Anordnungen der Polizei zu weit, so daß die Verhinderung vermehrt wurde; aber öfter hielten auch

Kenntnis der bestehenden Bestimmungen die Beamten von energischem Einschreiten ab. Bei der Schlussberatung stellte sich die Mehrheit der Anwesenden auf den Standpunkt, daß Ausnahmegesetze nach allen Erfahrungen nur der Verstärkung der Klassengegenseite und damit der Sozialdemokratie dienen.“

So denken Industrielle, also Männer, die mitten in der Praxis stehen und denen man Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse nicht wird vorwerfen können, über ein Verbot des Streikpostenstehens. Den Schreibern, die nicht laut genug nach einem solchen Verbot rufen können, wird die Stellungnahme des Solinger Handels höchst unvernuftig kommen. Über die Richtigkeit der obengeschilderten Wirkungen eines solchen Verbots kann für den Kenner der Verhältnisse auch keinen Augenblick lang ein Zweifel sein.

Überflüssige Freude. Die „Weltdeutsche Arbeitgeberzeitung“ teilt ihren Lesern sehr erfreut mit, daß sich die Gelben auf dem Wormarsch befinden. Diese Freude ist recht überflüssig, denn im Baugewerbe gibt's keine Gelben. Auf dem Bau steht eben eine andere Lust wie in der Fabrik. Interessant sind folgende Ausführungen der „Weltdeutschen“:

„Sie (nämlich die Gelben) halten aber auch ihre Absonderung von den christlichen Gewerkschaften für geboten, weil diese gleichfalls gewerkschaftlichen Tendenzen sich hingeben und häufig genug mit den sozialdemokratischen Klassendämpfern gemeinsame Sache machen, z. B. auch die Beteiligung an einer kraftigen Agitation für den Schutz der Arbeitswilligen ablehnen.“

Die Feststellung, daß die christlichen Gewerkschaften gleichfalls „gewerkschaftlichen Tendenzen sich hingeben“, wirkt durch ihre Naivität wirklich tödlich. Und daß die christlichen Gewerkschaften für eine Verstärkung des Arbeitswilligen eintreten würden, hat die „Weltdeutsche Arbeitgeberzeitung“ doch wohl selber ernsthaft nicht erwartet. Wir sind in dieser Frage ganz derselben Meinung wie das „Zentralblatt für das Deutsche Baugewerbe“, das in seiner Nummer 35 vom 30. August 1912 schrieb, „daß der Schutz der Arbeitswilligen schon durch die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung erwirkt werden kann, wenn sie nur angewendet werden“.

Tod der Maisfeier! Die „Rheinisch-Westf. Zeit.“ meldet aus Düsseldorf:

„Der sozialdemokratische Fabrikarbeiterverband, der 200 000 Mitglieder zählt, hat auf der letzten Generalversammlung beschlossen, die bisherige Unterstüzung für die aus Anlaß der Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesperrierten in Zukunft fortzufallen zu lassen. Ferner wurden die bisherigen Bestimmungen über die Teilnahme der Verbandsmitglieder so gestaltet, daß praktisch eine Maisfeier ausgeschlossen ist; es müssen nämlich in einem Betriebe bei Dritteln der Beschäftigten mindestens drei Monate organisiert sein, erst dann soll überhaupt über die Arbeitsruhe am 1. Mai beraten werden, und erst wenn in der betreffenden Betriebsversammlung zwei Drittel der Beschäftigten anwesend sind, kann mit 2/3-Stimmenmehrheit ein Beschluß für die Feier des roten Weltfeiertages zur Arbeitsruhe gesetzt werden.“

Arme Maisfeier!

Wo sitzen die Streikbrecher? Nach einem verlorenen Streit in der Steinzeugfabrik Friedrichsfeld in Mannheim schwob die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ (Nr. 170, 1912) die Schuld an dem Fiasco a. auf Streikbrecher, die „aus stockkatholischer Regen“ lämmten. Damit soll nur der Tatbestand verwirkt werden, denn keine stockkatholische, sondern sozialdemokratische Arbeitswillige haben den Kampf zuungunsten der Arbeiters entschieden. Ein Mitglied des sozialdemokratischen Töpferverbandes, Namens Lehmann, gleichzeitig Mitglied der Streikkommission, ließ sich mit noch fünf anderen Genossen, gelehrten Töpfern, von der Direktion überziehen und zum Streikbruch verleiten. Das unterempörte Arbeiterschaft von Beziehung getroffen und Summe von 500 M. genannt wird, sei nur nebenher erwähnt. Durch den Umsatz der Töpfergenossen aber ist der Streit verloren. Das verschweigt die sozialdemokratische Presse und versucht mit dem Hinweis an Arbeitswillige aus angeblich stockkatholischen Gegenden in Rück von dem roten Streikbruch abzulenken.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gespielt sind: **Mülheimer Ruhr** (Sperre über die Firma Loh und Hoffmann wegen Nichtinnehaltung des Tarifs). **Na** (für Plattenleger die Zwischenmeister Geschäft). **Binghartsen** (Streit der Maurer und Baufällsarbeiter). **Neue i. Westf.** (gehört für Zimmerer ist die Firma Loh). **Gelsenkirchen** (Glielenleger) Sperre über die Firma Hünnefeld & Co. **Oberglogau**, Kreis Neustadt O.-S. Sperre über den Bauunternehmer Briz wegen Nichtanwendung des bestehenden Tarifs). **Berlin** (Dachdecker). **Am 26. Juli** allgemeine Nachvertragsverlängerung. **Bitterburg**, (Sperre über die Firmen Garzon jr. und sen. wegen Abregelung). **Ibbenbüren** (Sperre über den Bauunternehmer Buhmann wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages). **Wanne** (Sperre über die Firma Leonh. Möll München über den Schleuseneubau am Rhein-Herne-Kanal). **Hamm** (Westf.) (Sperre über das Studiengeschäft mit Müseler wegen Nichtanwendung des Tarifs). **Berchl** (Sperre über die Firma Döring und Lehrmann aus Hamm auf den Erweiterungsbauten der Grube Lucretia wegen außerordentlicher Rüttzahlung des Tariflohnnes.) Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Nürnberg.

Cham, Oberpfalz. (Koalitionsfreiheit.) Was sich ein Unternehmer, der noch dazu seinen Fortschritten und seine Arbeiterfreundlichkeit nicht stark genug hervorheben kann, seinen Arbeitern gegenüber alles erlauben darf, zeigt nachfolgende Darstellung. In einem Industriestädtchen mit ca. 5000 Einwohnern übt der Architekt Max Stückl ohne jede nennenswerte Konkurrenz ein Baugeschäft aus. Die Löhne für seine Arbeiter spotten jeder Beschreibung. So erhalten die Maurer und Zimmerleute noch 30-37 Pf., Hilfsarbeiter noch 18 bis 24 Pf. Stundenlohn. Damit auch tüchtig geschustert wird, wird eine Anzahl Vorarbeiter aufgestellt, so daß fast auf drei Arbeiter immer ein derartiger Antreiber kommt. Läßt nun einer dieser Arbeiter die Meinung austreten, daß eine Verbesserung erstrebt werden sollte, so fliegt er unbarthaft auf die Straße. Bereits im Jahre 1907 hatte unser Verband dort eingesezt, um für die Arbeiter menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Sofort nach der Gründung wurden die Leiter der Zahlstelle entlassen und dadurch erreicht, daß sich die Zahlstelle wieder auf löste. Der zweite Versuch wurde im Jahre 1911 gemacht. Sofort forderte Architekt Stückl unseren Vorsitzenden und Schriftführer auf, aus dem Verband auszutreten. Als die Kollegen standhaft blieben, wurden sie sofort entlassen. Auch die anderen Kollegen wurden vor die Entscheidung gestellt, entweder aus der Organisation auszutreten oder brotlos zu werden. Letzter fehlte den Kollegen aus diesmal der Mut, und so hatte der Unternehmer wieder seinen Geldsack gerettet. In diesem Jahre ist nun in Cham eine sehr gute Bautätigkeit. Die Bauingenieurschaft des Eisenbahnpersonals baut eine Anzahl Wohnhäuser, welche Arbeiten Stückl übertragen sind. Da die Lebenshaltung der Arbeiter immer teuerer wurde, der Unternehmer aber nur schöne Worte hatte, aber keine anständigen Löhne zahlte, so vereinbarten die Kollegen, sich endlich unserem Verbande anzuschließen. Bereits hatten zwei tüchtige Kollegen 18 Mitglieder zusammen, da bekam durch irgendeinen Schnarroher der Unternehmer von der Sache Kenntnis. Wütendbraut, daß sich die Arbeiter ohne seine Erlaubnis organisieren, ging er sofort daran, den „Hetzern“ seinen Herrn-im-Hause-Standpunkt klarzumachen. Unser Vertrauensmann Ellmann, welcher schon über 10 Jahre bei Stückl beschäftigt ist, sogar die erste Polizeistelle eingenommen hat, wurde am Donnerstag, den 8. August, nebst seinen beiden Söhnen und Schwiegersohn entlassen. Dem Unternehmer muß zu dieser Maßregelung selbst der Mut gefehlt haben, die Entlassung mündlich mitzutragen, denn in nachfolgendem Schreiben wurde diesen Kollegen ihr Urteil verkündet.

Abschrift:

Cham, den 8. August 1912.

Herr Ellmann!

Da sich Ihr Unternehmen mir gegenüber in der letzten Zeit immer unfreundlicher und verschlagenster gestaltete, Sie mit meinen Anordnungen am Bau, die auf eine rasche Vollendung hinzielen, nicht einverstanden sein könnten, was Ihre Bemerkung anderen Arbeitern und auch Ihnen mir gegenüber beweisen, Sie also einem gedeihlichen Fortgang des Baues eher hinderlich sind, so sehe ich mich veranlaßt, Sie Ihres Dienstes in meinem Geschäft zu entheben.

Mit Ihren Leistungen als Polier war ich übrigens schon länger Zeit nicht mehr zufrieden, und erwarte ich mir von Ihrem Nachfolger Xavier Danferl, der, nebenbei bemerkt, sehr tüchtig ist, einen harmonischen Fortgang der Arbeiten.

Gegen Ihre Söhne und Schwiegersohn habe ich eigentlich nichts einzuwenden, insbesondere kann ich dem Michael meine Anerkennung über Fleiß und ordentliches Benehmen nicht verweigern. Ich muß es deshalb bedauern, daß diese unverschuldetweise um ihren Verdienst kommen.

Achtungsvoll

M. Stückl.

Wahrscheinlich aus Mangel an Maurern schrieb Stückl am anderen Tage einem der gemäßgelehrten Kollegen folgenden Brief.

Abschrift:

Cham, den 9. August 1912.

Lieber Herr Michael Ellmann!

Ich weiß und habe es auch gehört, daß es Ihnen hart ankam, aus meinem Geschäfte scheiden zu müssen. Ich weiß auch, daß es gut wäre, wenn Sie sich fürs Militär noch einen Verdienst auf die Seite legen könnten. Wenn Sie es wünschen und wenn Sie anderweitig keine passende Arbeit finden, werde ich Ihnen noch eine lohnende Arbeit, wenn auch nicht gerade in meinem Geschäft, zubringen. Ich werde Ihnen auch während der Militärzeit hier und da eine Unterstützung zuteilen werden lassen, falls Sie mit scheiden. Nach Abdienung Ihrer Militärzeit werde ich bestrebt sein, Sie als Vorarbeiter in mein Geschäft aufzunehmen.

Für Ihre Treue und Ihren Fleiß während des Aufenthaltes in meinem Geschäft spreche ich Ihnen speziell meinen besten Dank aus.

Freundlich

M. Stückl.

Hier wird diesem Kollegen der Dank für Treue und Fleiß ausgesprochen, aber trotzdem wird er entlassen, nur weil er von seinem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch macht.

Am Samstag, den 24. August, hatten wir nur die Bauarbeiter schriftlich durch ein Flugblatt zu einer Versammlung eingeladen. Sofort nachdem der Unternehmer von der Versammlung Kenntnis erhielt, setzte er auch schon mit der Gegenagitation ein. Sein „neuer“ Bauführer (denn lange hält es keiner bei Stückl aus), war ihm bei dieser lauberen Arbeit behilflich. Der Bauführer hat wahrscheinlich in seinem früheren Wirkungsgebiete (Augsburg) die gelbe Bewegung studiert und will sie jetzt in Cham in die Praxis umsetzen. Doch sei dem, wie es will. Architekt Stückl und sein Bauführer hatten

Glück mit ihrer Agitation. Nur 6 Kollegen hatten den Mut, in unsere Versammlung zu kommen. Alle übrigen sandten sich auf Befehl des Unternehmers im Postbüro zusammen, wo dann Herr Stückl unter Verabreichung von Freibier nebst zwei Broten den bedauernswerten Kollegen die „Schäden“ der Organisation „Marlegte“. Was an Unwahrheiten und Verbrechungen aufzubieten war, wurde hier vorgebracht. Da der Unternehmer doch nicht so recht redigierbar zu sein scheint, hatte er sich noch als Redner einen liberalen Agitator (einen Hauptlehrer aus Cham) zu Hilfe genommen. Der Zweck dieser Versammlung sollte sein, die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes zu vertreten und dafür einen gelben Verein zu gründen, zum Schlusse, als der reichlich genossene Alkohol und die schönen Reden ihre Schuldigkeit getan hatten, ließ der Unternehmer nachfolgende Resolution beschließen.

Abschrift:
der am 24. August 1912 im Postbüro in Cham gesetzten Resolution der Bauarbeiter des Baugeschäfts Stückl:

„Das heute am 24. August 1912 im Postbüro in Cham versammelte Personal des Stückl'schen Baugeschäfts erklärt, wie im vorigen Jahre, nun wiederholst, daß es mit dem Vorgehen des Organisationsleiters R. Sommer nicht sympathisiert und in Gebaren als zudringlich und unpassend bezeichnet, zumal Herr Sommer wissen wird, daß der weitaus größere Teil unserer Kollegen mit seinem Meister in jeder Beziehung im besten Einvernehmen lebt. Man ist darüber einig, daß derartige Zirkulare, wie sie Herr Sommer und Stückl in den letzten Tagen uns zusetzten, nur darauf hinauszuziehen, das gute Einvernehmen mit unserem Meister zu fördern. Wir verbieten uns für alle Zukunft jede Einmischung in unsere Angelegenheiten. (folgen 40 Unterschriften.)“

Der Unternehmer hatte sogar noch die „Liebenswürdigkeit“, unserem Bezirksleiter Sommer eine Abschrift dieser Resolution zuzusenden. Abends spät verließ schwankende Gestalten die Versammlung in dem Vermütsheim, wieder einmal durch den Teufel Alkohol und zwei Brote ihr Koalitionstrecht und ihre Arbeiterwürde verkauft zu haben. Einer dieser Teilnehmer, der so befohlen war, daß er im Straßengraben sein Nachtlager ausschlagen wollte, meinte zu einem christlich organisierten Holzarbeiter: „Ach, ist aber unser Meister gut, und bezahlt hat er alles.“ (Er meinte natürlich das Aufgelage.)

In diesem Falle sind nur die Arbeiter zu bedauern, welche sich als Losmänner behandeln lassen. Um Brot und Bier geben sie Arbeiter- und Menschenrechte preis. Daß sich auch Nichtarbeiter zu derartigen traurigen Ereignissen der Arbeiter als Handlanger hergeben, zeigt diese Herren erst in ihrem richtigen Lichte. Man kann wohl eine Arbeiterbewegung hemmen, aber ausrotten niemals. Hoffentlich kommt auch recht bald bei den Bauarbeitern von Cham die Erkenntnis, wohin als Arbeiter ihr Weg gehen muß und wo ihre wahren Freunde sind. Ein ehrlicher, charakterreicher Arbeiter will keine Komplexe, sondern einen menschenwürdigen Lohn.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsnotizierte sind sofort nach Stattdaten der Versammlung einzufinden. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und es muß an einer Seite ein ca. zweifingerbreiter Rand freihalten für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 15. September, der neun- und zwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Allenstein. (Sozialdemokratische Heldenstadt). Hier wurden in der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag in einem Neubau neu gesetzte Tafelböden demonstriert. Da diese Dejen von christlich organisierten Ösenzehnern gezeigt waren, so wurde die Vermutung laut, daß es sich hier um einen sozialdemokratischen Nachhalt handele. Diese Vermutung hat sich nur auch als richtig erwiesen. Als Täter ist der sozialdemokratisch organisierte Töpfer J. Koslowski, der auch Vorsteher der Filiale Allenstein des roten Töpferverbandes ist, ermittelt und verhaftet worden. Derselbe hat die Tat bereits eingestanden. Da die Dejen noch nicht ganz fertig waren und gegen Abordnungen gezeigt wurden, so gingen durch die Demolierung die christlich organisierten Ösenzehner ihres Lohnes verlustig. Und so etwas nennt sich Kulturpartei.

Friedrichshafen. (Maßregelung wegen Förderung der praktischen Durchführung des Arbeiterschutzes). Da ich bereits im Verbandsorgan auf die hier bestehenden Missstände hingewiesen habe, dürften den Kollegen die hiesigen Verhältnisse in dieser Beziehung hinlänglich bekannt sein. Wir besaßen uns nicht bloß damit, die Sache zu veröffentlichen, sondern schritten auch über zur Tat. Doch da hatten wir die Rechnung ohne die Unternehmer gemacht. Als ich dieshalb beim Unternehmer J. M. Grob, bei dem ich seinerzeit in Arbeit stand, auf Antraten des Stadtbaumeisters vorstellig wurde, erklärte mir derjelbe ins Gesicht hinein: „Wenn es Ihnen hier nicht so paßt, so können Sie hingehen, wo Sie es besser gemacht bekommen.“ Als ich ihm daraufhin antwortete, damit sei die Sache nicht abgemacht, erklärte er mir: „Sie will Ihnen was sagen, Gang, hören Sie heute abend Ihr Gesetz.“ Ich wurde also entlassen. Man sieht auch hier wieder mit aller Deutlichkeit, mit welch verwerflichen Mitteln man von Seiten der Unternehmer gegen gerechte Forderungen, welche sogar festgelegt sind, vorgeht. Der Unternehmer bestreitet allerdings, daß er mich aus diesem Grunde entlassen habe. Man sieht auch hier wieder mit aller Deutlichkeit, wie der einzelne in der Vertretung seiner gerechten Forderungen nur eine Null bedeutet, und daß

nur der Zusammenschluß in der Organisation bestande ist, unsere Forderungen auch auf obigem Gebiet zur Geltung zu bringen. Mögen das die Bauarbeiter von Friedrichshafen und andernwärts beachten und aus diesem Fall die rechte Lehre ziehen. Bedauert muß werden, daß von der maßgebenden Behörde erst jetzt eingegriffen wird, nachdem die Maßregelung stattgefunden hat, trotzdem ihr die Missstände schon längst bekannt waren und auch bekannt sein mußten. Hier handelt man, wie es scheint, nach dem Grundsatz: „Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter.“ Es wird in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch lange nicht gesprochen sein.

Lünen. Wie im vorigen Frühjahr, so finden auch in diesem Herbst im Besitz Bodum Agitationsversammlungen statt. Für unsere Zahlstelle findet dieselbe am Donnerstag, den 26. September, abends 8½ Uhr, statt, und zwar im Versammlungskoal bei Schavenke. Waren die früheren Versammlungen schon wichtig, so ist es erst recht diese, weil die Tarifsetzneuerung vor der Türe steht. Es ist deswegen unbedingt notwendig, daß auch der letzte Kollege unserer Zahlstelle an dieser wichtigen Versammlung teilnimmt. Der Kollege Koch aus Bodum hat sein Entschieden zugesagt. Schon zweimal ist es dem Kollegen Koch passiert, daß trotz aller Bemühungen des Zahlstellenvorstandes er vor fast leeren Räumen sprachen mußte. Soll dieses auch zum dritten Male so kommen? Wer ein ganzer Gewerkschaftler ist, wer die Arbeit und Mühe zu leisten weiß, die die Führer unserer Gewerkschaften, auch die örtlichen, sich machen, der muß sich sagen: Rein. Im Namen des Verbandes und der Vertrauensmänner fordere ich daher jümliche Kollegen auf, an diesem Tage ihre Schuldigkeit zu tun. Es ist von verschiedenen Kollegen die Anregung gegeben worden, weil der Tag, mit Rücksicht auf die Grubenmauter, zu ungeeignet sei, die Versammlung zu verlegen. Unsere Zahlstelle besteht aus circa 150 Mitgliedern. Wenn wirklich dann die paar Kollegen, die auf der Grube arbeiten, fernbleiben, so können doch mindestens über 100 Mann erscheinen. Wenn dem einen oder anderen der Tag nicht passend ist, so ist davon nichts zu ändern, das Objet muß gebracht werden. Der Weg zum Versammlungskoal, auch wenn er noch so weit ist, muß genutzt werden. Deswegen schon jetzt gearbeitet und agitiert für diese Versammlung. Kollegen, rüttelt die Säuglinge auf! Angenommen der ersten Lage im Baugewerbe ist es unbedingt notwendig, die Schlagmütze, die so mancher Kollege während der Friedensjahre sich aufgesetzt hat, herunterzutunten. Deswegen noch einmal: Gegrüßt Mann für Mann in der Versammlung!

Sinsberg. Am Sonntag, den 1. September, fand in Schleißheim im feierlichsten Vereinshaus eine Tagssitzung statt, um für die unerträglichen Banknoten zu beschließen. Es waren 22 Delegierte aus allen Banknoten erschienen. Reichswehr-Senator Körber eröffnete die Sitzungen und forderte ganz bestimmt unter Kontrolle des Reichsministers der Finanzen Berlin und gab die Tagesordnung bekannt. Zur Tagessitzung gingen hörbar: Kollege Sommer-Turzberg als Ober-Präsident, Kollege Thomsen, Senator von der Leyen, zweiter Vorsitzender und Kollege Schröder-Richter als Beauftragter. Kollege Sommer vertrete hier nicht mehr seine eigene Sache über den Stand unserer Notenbank zu untersuchen und über die Frage: Wie werden wir im Zukunft agieren? Ganz besonders hob Kollege Sommer hervor, daß in Schleißheim und vor Alldingen die größten Erfolge erzielt worden seien, es möge aber Jahr zwei an der Notenbankarbeit leicht, wenn es in beiden Süß- und Gemüsemarken nicht vorüber gehe. Die Kontrollierung der Banknoten gelte als größtes Ziel. Daß die Banknoten haben sich vergrößert. Die Goldreserven habe man im ganzen als gute zu betrachten. Der Generaldirektor, Kollege Schröder-Richter, habe das Rechte übernommen über unsere Rentenversicherung 1913 und welche Aufgaben haben wir zu erfüllen? Da dieser sehr wichtigen Sonntag (später er die Sitzungssitzung vom Jahre 1913 und kam ganz bestimmt auf das Jahr 1913 zu freuen). Seine wichtigste Sitzung gegen Berlin, daß wir im Jahre 1913 wieder Sitzung zu erwarten hätten, wie im Jahre 1919, bevor das neue Jahr 1920 unsere Kollegen die nächste Sitzung bekommen, damit es nicht zu spät sei, kann man damit die Sitzung von den Tagen freie. Seine wichtigste Sitzung werden die Delegaten abgehalten. Die Delegaten hat eine sehr interessante und lebhafte Gesprächsreihe einzuhalten. Der erste wichtige, das die neuen Banknoten in Städten einzuführen sind. Diese Sitzung wurde einstimmig angenommen. Der zweite wichtige die Ausstellung eines Dokumentes ist dieses des Schriftwirks. Dieser Sitzung wurde die Sitzungssitzung zur Kontrollierung überlassen. Das war auch mit den Sitzungen der anderen Delegaten verbunden. Wurde die jährliche Kontrollierung fortgesetzt, ge-

Sagot (Gesundheit) Am 2 September feste
te Schauspieler "Papette" eine Feierabendfeier des
Theaters. Da damals waren die Polagen
noch nicht aus der Bühnenszene erloschen, so legte
Sagot bald eine Komödie über die Geschichte der
Schauspielerin, bzw. die Mäzeninnen mit großem Erfolg.
Die jungen Polagen sagten Sagot ergebnislose Gedanken

3. Summary

Ergebnis. So der § 35 des "Kunstvertrags" ist ein Vertrag vom Übertragen, den wir nicht zweckbestimmten Vertrag im letzten Sinne. Der Schreiber des vorliegenden Schriftes spricht ganz aus dem Kunstsinn heraus, als ob er sich nicht um die ~~Kunst~~ ~~Werk~~ kümmere. Tatsächlich ist hier bestimmt, dass es bei dem ~~Vertrag~~ nicht mehr darum geht, jenseits dem Allgemeinen vertraglichen Rechts, sondern um jenseits dessen, wenn man sich darüber streiten würde, ob die Künste ~~ausgenommen~~ seien. Sicht kann man sagen: jedes Werk hat ja mit der Kunst und das hat der Künstler

schreiber hier ganz gründlich. Es kann doch wohl kein vernünftiger Mensch jemandem einen Vorwurf daraus machen, wenn er mit Leuten, die vom Schreiber "im „Zimmerer“ selbst als dem Alkohol Verfallene bezeichnet werden, nichts zu tun haben will. Besonders zurückweisen müssen wir, daß er schreibt, unsere Kollegen hielten sich nicht an den bestehenden Tarif. Er nennt hier besonders die Firma Miehm und Gölz und unsere dort beschäftigten Kollegen. Wir stellen hier fest, daß bei genannter Firma sowohl der Tariflohn gezahlt, wie auch die Arbeitszeit von zehn Stunden innegehalten wird. Aber, Verehrtester, wir kennen den Schmerz und wissen ihn zu würdigen. Es ist dort schon mancher „Genosse“ mit seinen anarchistischen Phrasen etwas verbohrt worden, und daher das Heulen und Verdächtigen. Wir haben keine Ursache, irgendeine Firma in Schuß zu nehmen. Es steht aber den „Genossen“, besonders den roten Zimmerern, schlecht an, über Tarifuntreue anderer zu klagen. Hätte der Artikelschreiber einmal in seinen eigenen Reihen Umschau gehalten auf diesem Gebiete, so ehe er sich auf den Hosenboden setzte, um andere zu verdächtigen, er hätte sein blaues Wunder erleben können. Hätte er dann noch etwas Schamgefühl besessen, er würde sein Angesicht verbüllt haben und hätte geschwiegen. Es gibt hier keine Organisation, die mehr auf dem Kettensatz hat, als der Zimmererverband. Zunächst möchte ich ihm raten, einmal in Überhausen selbst unter seinen Genossen nach dem Flechten zu sehen und Abhilfe zu schaffen. Sodann möge er seine Schritte nach dem nahen Hambor: wenden. Wenn er dann den Drang in sich fühlt, für Durchführung des bestehenden Tariffs zu sorgen, so mag er dort einsehen, an Arbeit fehlt es da nicht. Die Zustände, die dort im Zimmergewerbe herrschen, sind geradezu himmelschreidend. Eine Arbeitszeit von elf, zwölf und mehr Stunden ist da gang und gäbe. Ein besonders drastischer Fall sei hier noch mitgeteilt. Am 7. August besuchte eine Versammlung, an der auch die Zimmerer teilnahmen, in Hamborn über die Firma Kurt u. Hoffmann wegen fortgesetztem Tarifbruchs die Sperre zu verbürgen. Wer nun glaubte, die Zimmerer würden der Sache der Versammlung folgen und auch die Arbeit niederlegen, der irrte sich sehr. Die Maurer dieser Firma sind zum größten Teil unorganisiert und sahen wir deshalb dort einen direkten Einfluß nicht. Die Firma konnte nur durch die Zimmerer gezwungen werden, den Tarif anzuerkennen. Von drei dort beschäftigten rot organisierten Zimmerern blieben zwei stehen und machten die Arbeit fertig, wodurch die Sperre illogisch gemacht wurde. Das Tollste aber leistete sich der Maurer von der Zahnsäge der roten Zimmerer in Hamborn. Am Tage nach der Versammlung, in der die Sperre beschlossen war, erledigte er auf der betreffenden Zahnsäge in einem Zustande, der von nicht zu wenig zuvoigtem Alkohol zeigte, und versuchte die Maurer von dem unzulässigen Verhalten ihrerseits abzubringen, erklärte aber seinen Kollegen, sofern sie zehn Stunden arbeiteten, betrachten sie die Arbeit nicht niedergelegen und befände für sie die Sperre nicht. So sieht die Solidarität der roten Zimmerer aus. Zuerst reichtigt man eine Sperre und dann gestaltet man den Alkohol, den Streitbedürfnis die Waffen zu legen und zu rufen, damit diese weiter als Stunden arbeiten können. Diese Leute wollen uns zum Tarif erziehen? Wir können ihnen nur den guten Rat geben, zuerst den Dresd vor ihrer eigenen Tür zu fechten, und dann brauchen sie noch lange nicht bei uns rein zu machen. Dem Artikelschreiber aber möchte ich sagen, daß er mit seinem Geschreibsel die Öffentlichkeit in Überhausen nicht vernichten wird. Als die örtlichen Zimmerer aber möge dieses Unwort sein, für eine weitere Stärkung unseres Verbands einzutreten.

Zur Arbeitsnachweisfrage im Baugewerbe.

Zus. Dortmund wird uns gefüllt:

Nach einem schwödigen Name im vergangenen Jahre gegen den einheitlichen Arbeitgeberausweis wurde unter der Leitung des Herrn Stadtrat Dr. Sempel verhindert, am 1. April 1912 die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bezeugten Arbeitsnachweise aufzuheben und an deren Stelle einen von der Stadt zu leitenden periodischen Arbeitsnachweis zu eröffnen. Damit war aber die Gründung des Düsseldorfischen Arbeitgeberbundes nicht eingerstanden. Um die Dortmunder Vereinbarung zu erlösen oder zu durchbrechen, machte die Leitung des Arbeitgeberbundes bekannt, daß für den Landkreis Dortmund am 1. April ein neuer Arbeitsnachweis eröffnet würde. Es wurde bestehende Lokal beibehalten, derselbe Name wie. Sicherlich wollte man anschließend erzielen, die Arbeitnehmer vom früheren Arbeitsnachweis fernzuhalten. Dieses wurde aber nicht erreicht. Die Arbeiter blieben der Kontrolle fern. Nun ging das Reiseticket gegen den häufigen Arbeitsnachweis los. In einem Artikel der „Düsseldorfer Arbeitgeberzeitung“ wurde berichte als lebendiglos hingestellt und der Stadt aufgegeben, ihren Ausweis wieder zu schließen. Sie haben zugleich in weiterem Organ dieses zurückgewiesen. Der häufige Arbeitsnachweis gab hierauf der Regierung die Befreiung der Ermittlung bekannt. Bereits darauf wurde dem Dortmunder Registrat von dem Düsseldorfer Arbeitgeber für das Baugewerbe zu Dortmund ein Schreiben zugeföhrt, dessen Abschrift uns Herr Stadtrat Dr. Sempel übermittelte. Das Schreiben lautet:

Centrale for Mæstskole for land Brugsskole og
Tømrer.

Dortmund, den 22. Juni 1912.

- von **dem Regierungspräsidenten** der Stadt Dortmund

Dortmund.

Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sollten die bestehenden Arbeitsnachweise mit dem 1. April cr. für das Gebiet des Stadtkreises eingehen, und zwar derart, daß jegliche Vermittlung von beiden Seiten zu unterbleiben hatte.

Diese Bestimmung ist seitens unserer Organisation strikt eingehalten: die Arbeitnehmerorganisationen dagegen haben nach wie vor die Vermittlung beibehalten. Aus diesem Grunde hat der hiesige Ortsverband in seiner Mitgliederversammlung vom 11. Juli den Beschluss gefasst, mit dem 1. August er auch den Stadtteil Dortmund die Vermittlung von Arbeitskräften für seine Mitglieder wieder zu eröffnen.

Wir machen Ihnen hiervom Mitteilung und zeichnen
hochachtungsvoll

Ortsverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe
Dortmund.
ges. S. C. Linteweber."

ges. W. C. Linnemann.
Dortmund, den 2. August 1912
Dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Dortmund hier.

Bur gesl. Kenntnisnahme. 100.
Der Magistrat
Graudenz

Gempel.

Ohne die beteiligten Organisationen in Kenntnis
brachte, wurde der einleitende Arbeitsergebnis am 1. Ju

zen, wurde der einheitige Arbeitsnachweis am 1. August wieder eröffnet. Ein größerer Vertragsbruch ist noch nie vorgekommen. Die Vertreter der Organisationen wandten sich sofort an Herrn Dr. Sempel und bat ihn, die Arbeitgeber zu einer Sitzung einzuladen, um Beweise für ihre Behauptungen zu bringen.

Herr Dr. Gempel hat dann sofort ein Schreiben an den Ortsverband der Arbeitgeber gerichtet und bis zu 2. August um Antwort gebeten. Am 22. August wurde eine Antwort eingegangen, es wurde daher nochmals ein Erinnerungsschreiben dem Ortsverband zugesandt mit der Bitte, bis zum 2. September zu antworten. Der Vorstand des Ortsverbandes der Arbeitgeber hat heute diese beiden Schreiben unbeantwortet gelassen, wodurch es sich zeigt, daß sie für ihre Behauptung keine Beweise vorbringen konnten. Der Bauarbeiterkampf ist dadurch wiederum in den Arbeitsnachweis von neuem aufgedrungen worden. Der Arbeitsnachweis in der Moritzgasse von den in Frage kommenden Organisationen gesperrt. Die denkende Arbeiterschaft wird den Unternehmern erneut auch in Zukunft weiden.

Die Arbeitssuchenden werden sich nur an den von der Stadt geleiteten Arbeitsnachweis im Übergangsweg wenden. Die Öffentlichkeit mag sich nun selbst ein Urteil bilden.

Neue Unfallverbüttungsvorschriften für Betonarbeiter.

Der Verband der Deutschen Baugewerkschaften hat auf Veranlassung des Reichsversicherungsamts eine Zusammenstellung der wichtigsten Entwürfe von Massivdecken aller Art, Betonplatten und Wänden für die letzten fünf Jahre unter Angabe der Einsturzursache angefertigt. Darüber macht im „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“ Herr A. Baumann folgende Mitteilungen:

„Das Ergebnis der Statistik war überraschend. Sie waren zusammen 137 Unfälle ausgeführt. Diese Unfälle forderten insgesamt 236 Opfer, davon wurden Personen getötet und 196 meist oder minder schwer verletzt. Die Zusammensetzung der Unfälle nach ihren Ursachen war folgende:

Inglücklicher Zusatz	7	11
Schlechtes Material und Bitterungseinflüsse	24	
Konstruktionsfehler und Verstöße gegen die Regeln der Baukunst	30	
Unzulängliche oder schlerhafte Einschaltung	20	
Verstorbene Entfernung der Einschaltung und Verstreuen der nicht völlig abgedundeten Seden	56	

Die Bahnen sprechen eine deutliche Sprache und weisen klar auf die Hauptursachen der Einschlüsse hin. So gaben sie die besten Fingerzeige, woran sich neuen Vorrichtungen in erster Linie beziehen müßten. Den Hintergrund treten die Unfälle, die auf die vorfrühe Entfernung der Einschalung und das Betreten der nicht völlig abgebundenen Decken zurückzuführen sind. Bei den Vorarbeiten wurde daher in Erwägung gezogen, ob nicht bei sämtlichen Bauten von Massivdecken und Kappen, sowie von Säulen, Pfeilern, Wänden und vergleichlich einer Frist festgesetzt werden könnte, vor der Entfernung der Einschalung in seinem Falle geschah sollte. Ferner beabsichtigte man vorzuschreiben, daß jeder Betonboden durch ein entsprechendes Schild seine ähnliche Vorlehrung deutlich angezeigt werden sollte, in welchem Tage die Decke fertiggestellt worden war. Bei der Betrachtung der Statistik wurde auch beobachtet, daß die Veranlassung zu einem großen Teil der am geführten Unfälle Leute gaben, die für die Leitung der Betonbauten völlig ungeeignet und nur mangelhaft ausgebildet waren. Hierbei wurde besonders ein Fall hervorgehoben, in dem sechs Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt wurden und in dem der verantwortliche Leiter ein früherer Schuhwarensabteilant war. Auf Grund dieser

dieser Beobachtungen wurde nun von einem technischen Zusammitteamten und einem Mitgliede des Vorstandes der Nordöstlichen Baugewerks-Verufsgenossenschaft, einem Betonfachmann, ein vorläufiger Entwurf von Linsenverhüllungsvorschriften für Betonarbeiten ausgearbeitet. Dieser Entwurf lag am 4. Juli 1912 im preußischen Abgeordnetenhaus zu Berlin einer Versammlung Vertretern fast sämtlicher Baugewerks-Verufsgenossenschaften, des deutschen Betonvereins, des deutschen

satzes für Eisenbeton im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, des Reichsversicherungsamts und des Königlichen Materialprüfungsamts zur Begutachtung vor. Den Voritz führte Herr Königl. Geheimer Rath Geistlich. Die Versammlung, die zum größten Teil aus Unternehmern größerer Betonbaubetriebe und anderen geeigneten Fachleuten bestand, unterzog den Entwurf einer eingehenden Durchberatung und brachte an demselben eine große Reihe von Änderungen an. Dieser abgeänderte Entwurf wurde an eine aus der Versammlung bestimmte Redaktionskommission überwiesen, die am 27. Juli 1912 unter dem Voritz des Herrn Baumeister Gutzeit Königsberg (Ostpr.) in Berlin tagte. Der beschlossene Entwurf wurde nun nochmals eingehend durchgelesen und unter Anbringung verschiedener redaktioneller Änderungen als endgültiger Vorschlag zur Aufnahme in die Unfallverhütungsvorschriften der zwölf Baugewerks-Berufsgenossenschaften angenommen. — Da die neuen Vorschriften für das gesamte Betongewerbe von außerordentlich großer Wichtigkeit sind, so geben wir nachstehend den beschlossenen Entwurf wieder:

§ 1. Für die Zweckmäßigkeit und Güte des zu verwendenden Materials und die fachmännische Ausführung und Beaufsichtigung der Arbeiten gelten die entsprechenden Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften für Bauarbeiten im allgemeinen.

§ 2. Alle Rüstungen und Einschalungen sind tragfähig herzustellen, berart, daß sie auch leicht und geahrdlos entfernt werden können. Zu diesem Zwecke sind die Stühlen oder Lehrbögen auf Leile, Sandlästen oder Schrauben zu stellen, damit durch allmähliches Lösen derselben das Lehrgerüst langsam gesenkt werden kann. Die Verwendung von Wölbsteinen (Schwergewichtsteinen) als Unterstützung für Deckenschalungen ist mit bis zu einer Spannweite von 2,50 Meter zulässig, falls nicht Zwischenstützen angewendet werden. Das Aufstapeln von Bauholzen auf derartigen Einschalungen ist verboten.

§ 3. Bei allen unterstützten Lehrgerüsten dürfen gefloßene, daß heißt auseinandergesetzte Unterstützungsstäbe (Steifen) nur bis zur Höhe ihrer Gesamtheit verwendet werden. Gestochene Steifen dürfen nur abwechselnd mit aus einem Stück geschnittenen Steifen gesetzt werden. Die Schnittstellen der gestochenen Steifen müssen wagerecht glatt aufeinander passen. An der Stoßstelle sind sie durch aufgenagelte, mindestens 0,7 Meter lange hölzerne Taschen gegen Ausbiegen und Knicken genügend zu sichern. Bei Steifen aus Rundholz sind drei, bei solchen aus Sierlantholz vier Taschen für jeden Stoß zu verwenden. Beimal gestochene Steifen sind unzulässig. Mit Rücksicht auf die Knickgefahr ist der Stoß in das obere Drittel der Steifen zu versetzen. Steifen von 5—8 Meter Länge müssen untereinander sowohl nach der Längs- wie Tiefenrichtung abgeschwäert werden. Steifen unter 1 Centimeter Zapfstärke sind unzulässig. Die Steifen müssen eine unverrückbare Unterlage aus Holz (Böhlen, Parkhölzern) erhalten. Bei nicht tragfähigem Untergrund sind Hilfskonstruktionen anzuwenden. Steifen mit Zerspanung oder eiserner Verlängerung gelten als nicht gestochen. Bei Herstellung von Decken und Gewölben, die sich in größerer Entfernung als 8 Meter vom Fußboden befinden, oder bei schwerbelasteten Konstruktionen sind die Steifen aus besonders starken oder geimpelten Säulen zu fertigen, die waggericht miteinander zu verbinden und durch doppelte Kreuzstreben besonders zu sichern sind.

§ 4. Bis zur genügenden Erhärtung des Betons sind Bauteile gegen die Einwirkung des Frostes und gegen vorzeitiges Austrocknen zu schützen, sowie vor Erschütterung und Belastung zu bewahren. Die Fristen, die zwischen der Beendigung des Frischstampsens und der Entfernung der Schalungen und Stützungen liegen müssen, und die Witterung, von der Stahlweite und dem Eigengewicht der Bauteile abhängig. Die seitliche Schaltung der Balken, die Einschalung der Pfeiler, sowie die Schaltung der Deckenplatten darf nicht vor Ablauf von 14 Tagen, die Stützung der Balken nicht vor Ablauf von drei Wochen bereitgestellt werden. Bei größeren Stützen und Abmessungen sind die Fristen bis zu sechs Wochen zu verlängern. Beim Ausschalen von Untergängen und Balken sind die Endsteifen und zwei bis drei Mittelsteifen an ihrem Standort zu belassen. Decken über 2 Meter Spannweite sind in der Mitte ebenso wie die Unterzüge und Balken wieder zu unterstützen. Unterstützung soll nach der Ausschaltung noch wenigstens 14 Tage erhalten bleiben. Tritt während der Herstellung Frost ein, so sind die vorgenannten Fristen um die Dauer der Frostzeit zu verlängern. Bei Wiederaufnahme der Arbeiten nach dem Frost und vor jeder weiteren Ausschaltung ist der Beton darauf zu untersuchen, ob er abgebunden hat und genügend erhärtet. Bei Herstellung von Beton- und Eisenbetonarbeiten ein Tagebuch zu führen, aus dem die Zeitab schnitte für die Ausführung der einzelnen Arbeiten stets nachviesen werden können. Das Tagebuch ist dem technischen Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 5. Sollen Decken in mehreren Geschossen überdeckt hergestellt werden, so ist mit der Ausschaltung unterste Decke zu beginnen. Jede einzelne Decke muß lange auf Schalung stehen bleiben, bis die nächst obere fertiggestellt ist. Während des Betonierens einer Decke sind in dem darunterliegenden Geschoss die Heile dazu zu prüfen und, wenn erforderlich, nachzutreiben.

§ 6. Die Benutzung von noch nicht ausgekühlten zum Stapeln von nicht sofort zur Verwendung stehenden Baumaterialien ist verboten. Ausgeschaltete Decken dürfen nur benutzt werden, wenn ihre Oberflächen einem Breitertiegelage versehen sind und wenn die noch mindestens 14 Tage nach der Ausschaltung stehen bleiben. Das Abwerten und Abkippen von Steinen, Balken, Brettern, Trägern usw.) auf hergestellte Decken ist verboten.

§ 7. Bei der Ausschaltung ist das rückweise Fortragen und Abzwingen der Steinhölzer und Lehrbögen, die abgesenkt sind, verboten. Das Fortnehmen von Steinen muß von beiden Enden aus nach der Risse geschehen.

§ 8. Für Eisenbetonbauten, die zunächst nur aus Stühlen und Decken bestehen und bei denen die Ausschaltung der einzelnen Zwischenfelder zwischen den Betonstühlen erst nach Fertigstellung der Betonarbeiten erfolgt, hat der Unternehmer der Betonarbeiten für die nötigen Schuhdächer und Abdichtungen Sorge zu tragen. Überhaupt hat er alle Bestimmungen, welche bezüglich der Rüstungen, Leitern und Leitergangs, Förderung von Rüst- und Baumaterial, Aufzüge, Hebezeuge, Windenvorrichtungen, Maschinen sowie Abdichtungen der Balken- und Trägerlagen in den Unfallverhütungsvorschriften enthalten sind und bei Betonarbeiten in Betracht kommen, genau zu befolgen. Die Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften über die Anbringung von Dachdeckergerüsten gelten auch für Betonarbeiten zur Herstellung von Dachflächen. Bei Dächern von über 45 Grad Neigung haben sich die Arbeiter durch Anlegung von Sicherheitsgurten und -leinen, die stets zur Stelle sein müssen, vor dem Absturz zu sichern.

§ 9. Alle mit hervorstehenden Nägeln versehenen Holzteile (Faschen, Brettstücke usw.) sind beim Ausschalen sofort aus dem Verkehrsbereich zu entfernen, oder es sind die vorstehenden Nägel sofort zu beseitigen oder umzuschlagen."

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Verband der Baugewerks-Berufsgenossenschaften zur Zeit mit der Ausarbeitung von Normal-Unfallverhütungsvorschriften für das Baugewerbe beschäftigt ist. In diese Vorschriften sollen auch die neuen Unfallverhütungsvorschriften für Beton-, Steineisen- und Eisenbetonarbeiten aufgenommen werden. Hoffentlich tragen die neuen Vorschriften dazu bei, daß im Betongewerbe das Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt wird und die schweren Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden."

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Steigen die Bergarbeiterlöhne? Bei Gelegenheit der Bergarbeiterbewegung im letzten Frühjahr wurde des öfteren betont, daß der Streik nicht zur Erzielung besserer Löhne geführt werde, da die Bergarbeiterlöhne schon wegen der guten Konjunktur und dann infolge der erhöhten Wohnpreise eine Steigerung ersahen würden. Seitens der Reichenbach ist dann ja auch eine Erhöhung der Löhne zugestanden worden. Die Statistik ergibt, daß sich die Bergarbeiterlöhne im letzten Jahr vorwährend gesteigert haben. Der Durchschnittslohn pro Schicht betrug im zweiten Vierteljahr 1912 4,66, im ersten Vierteljahr 1912 4,83, und im zweiten Vierteljahr 1912 5,16. Das sind, wie gesagt, Durchschnittslöhne, wobei zu betrachten ist, daß die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter, der Hauer, sich im Durchschnitt auf 5,51 Mark und 5,97 Mark stellten. Ohne zu behaupten, daß diese Löhne genügend seien, wird man sich der Ansicht nicht verschließen können, daß eine derartige Lohnerhöhung in der gleichen Zeit Angehörigen anderer Berufe wohl nicht zuteil wird. Die Sache liegt dabei freilich so, daß in anderen Berufen, z. B. dem Holzgewerbe, die einmal erzielten Lohnerhöhungen infolge der ziemlich strengen Organisation und Disziplin der Arbeiter dauernde Erhaltungsschichten sind, während bei den Verhältnissen im Bergbau die Löhne immerfort den Konjunkturwellen unterworfen sind. Solange nicht auch hier Organisationen und gewerkschaftliche Einigkeit der Arbeiterschaft stärker werden, wird an dem Zustande wohl kaum etwas zu ändern sein. — Festgehalten verdient dann auch noch zu werden, daß in den nördlichen Revieren des Ruhrbeckens die Bergarbeiterlöhne zurzeit einen Stand erreicht haben, wie sie ihn vorher wohl noch nicht hatten. Die Tatsache jedoch, daß in den südlichen Revieren das Arbeitserangebot erheblich stärker ist wegen der zahlreichen hier fest ansässigen Bergarbeiter, dabei aber die Bedenken nicht so ertragreich sind wie in den nördlichen Revieren, bewirkt, daß im Süden die Löhne nicht in dem Maße steigen wie im Norden. Auf den Durchschnittsjahrsatz dieses ab schwärend ein.

Die Kosten des letzten Bergarbeiterstreiks im Ruhrlohnrevier werden in einer Statistik des Dortmund-Lüdenscheider Bergamts wie folgt berechnet: Während des 10-tägigen Streiks betrug der Lohnausfall 8 488 804 Mark. Hierzu kommt der den streitenden Bergarbeitern wegen Kontraktbruch einbeschaltene Lohn für sechs Schichten — in Frage kommen 155 832 Bergleute — mit insgesamt 4 752 726 Mark, das sind 30,50 Mark für den Mann. Der Gesamtkostenausfall, den die Bergleute erlitten haben, beträgt mithin rund 13,2 Millionen Mark.

(Soz. Prag.)

Die Auswanderung aus Italien ist bekanntlich sehr groß, da das Land nicht allen seinen Bewohnern genügende Arbeitsgelegenheit und damit Verdienst zu bieten vermag. Jedoch ist die Mehrzahl der italienischen Auswanderer keineswegs für das heimische Nationalvermögen verloren; sie halten sich meist nur vorübergehend ins Ausland auf, und die hier gemachten Erfahrungen bilden für das Heimatland eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle. Wie die italienische Regierung bekannt gibt, haben die im Ausland beschäftigten Italiener im Laufe des Jahres 1911 über 66 Millionen Mark an Sparinsassen in die Heimat gesandt. Ein ganz nettes Summen! Inmerhin darf nicht übersehen werden, daß doch wohl der größere Teil vom Lohninkommen der im Ausland beschäftigten Italiener den betreffenden Ländern selbst verbleibt, und zwar durch die Ausgaben für Kleidung, Wohnung usw.

Soziale Wahlen.

Saarrevier. Am Sonntag, den 18. August, fanden in 18 Sprengeln des Saarreviers die Wahlen statt. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter gewann im ersten Anlauf 13 Mandate; Zweitplatte fielen an die Unorganisierten. In zwei Sprengeln findet Stichwahl zwischen christlichen Gewerbeverein und Unorganisierten statt. Es brachten bei dieser Wahl auf: der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter 3647, die Unorganisierten 1233 und Sitz Berlin 63 Stimmen. In einer zweiten Gruppe fanden am Sonntag, den 26. August, Wahlen statt. 17 Mandate erhielt der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, 1 Mandat "Sitz Berlin". In einem Sprengel steht der Gewerbeverein mit "Sitz Berlin" in Stichwahl. Die "Genossen" gingen trotz der wüsten Hebe, trotz Lauseüber von Flugblättern und der Sieden des ersten Verbandsgründen vollständig leer aus. Gewählt sind bisher insgesamt 30 Gewerbevereinsälteste, 3 Unorganisierte und 1 Angehöriger der "Berliner" Arbeitervereine. Außerdem ist der Gewerbeverein an allen drei Stichwahlen beteiligt. Zusammen wurden bis jetzt 9551 Stimmen abgegeben. Hierzu erhielt der Gewerbeverein 7296 und der "Berliner" Verband 735 Stimmen. Für unorganisierte Kandidaten und an zerplatteten Stimmen wurden 1520 gezählt.

Die Vertreterwahlen zur Arbeiterkasse in Baden-Württemberg endeten mit dem Sieg der vereinigten nichtsozialdemokratischen Arbeiter, die 381 gegen 357 sozialdemokratische Stimmen gaben.

Gerichtliches.

Königsberg i. Pr. Die sozialdemokratischen Terroranschwäle mehren sich. Am 21. August er. hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Krieje wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Krieje hatte am 22. April er. den Unternehmer Lofau gezwungen, drei bei demselben beschäftigte christlich organisierte Maurer, welche Deiten im Afferd mauerten, zu entlassen. Da der Unternehmer diesen Verlangen nicht sofort nachkam, legten auf Veranlassung von Krieje sämtliche am Bau beschäftigten sozialdemokratisch organisierten Maurer und Arbeiter die Arbeit nieder. Da der Bau nach zwei Tagen nicht mit genügend anderweitigen Arbeitskräften besetzt werden konnte, zwang er. den Arbeitgeber, seinem Verlangen nachzukommen, nämlich die drei christlich organisierten Maurer zu entlassen. Da diese hierdurch in ihrem Einkommen schwer geschädigt wurden, so strengten sie Klage gegen K. an. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht versuchte Krieje, ebenso sein Vertreiber, die Sache so darzustellen, als ob nicht die Entlassung der drei Gewannten deshalb erfolgt sei, weil diese christlich organisiert waren, sondern zwei von ihnen seien vorher Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes gewesen, welchen solche Arbeit im Afferd auszuführen nach seiner Meinung verboten sei. Das Gericht schenkte dieser Einwendung wenig Gehör, indem ausgeführt wurde, daß es in diesem Falle gar nicht darauf ankomme, wo die Entlassenen organisiert gewesen wären. Nach dem Antrage des Amtsgerichts verurteilte das Gericht Krieje, in Abrechnung seiner erheblichen Straftaten, — u. a. i. d. wegen Verleitung zum Meineide bereits mit einem Jahr Zuchthaus vorbestraft, — zu einem Monat Gefängnis und Trocken sämtlicher Hörten. Am 20. August hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht die sozialdemokratisch organisierten Maurer Schulz, Eder und Wegerer wegen Terrors, verbüttet an dem christlich organisierten Maurer Dedeck, zu verantworten. Schulz erhielt sechs Tage Gefängnis, Eder und Wegerer je 20 Mark Geldstrafe. An demselben Tage stand die Verurteilung der sozialdemokratisch organisierten Männer Schulz und Werner vor dem hiesigen Strafgericht zur Verhandlung. Auf Veranlassung der beiden war der christlich organisierte Maurer Graßmann am 22. April er. entlassen worden. In der Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht wurde Schulz mit einem Monat und Werner mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Die Verurteilung der beiden Angeklagten wurde von dem Strafgericht verworfen.

Reichenhall. In unserer Stadt, bekannt als eine Hochburg sozialdemokratischer Unzulässigkeit, arbeitete unser Mitglied, Kollege Stauffer, ein Familienvater von 12 Kindern, mit etwa 25 sozialdemokratisch organisierten Arbeitern bei dem staatlichen Neubau der Wandelschule. Stauffer hatte St. die Arbeit begonnen, bekam er schon die roten Prozeduren: entweder rot oder kein Brot zu spüren. Nachdem derselbe gegenüber dem roten Terror unbedingt blieb, legten sämtliche sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiter die Arbeit nieder, bis daß Stauffer vom Unternehmer Reichel entlassen wurde. Wegen dieser roten Unzulässigkeit hatten sich die Hilfsarbeiter Protas und Baumegger, welche sich bei der Brüderlosmachung des St. ganz besonders rote Verdienste erwarben, am 14. August vor dem Amtsgericht Reichenhall zu verantworten. Nach erfolgter Beweisaufnahme beantragte der Amtsgericht für Protas und Baumegger je vier Wochen Gefängnis, mögegen Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konfrontierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rote-rote Rechtsanwalt Ruffbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren, zu müssen glaubte. Er führ

für den Bedrohten hat. Für vorliegenden Falle erkannte das Gericht gegen die „Genossen“ Protas und Baumegger auf je acht Tage Gefängnis und Tragung der Kosten.

Aus dem Baugewerbe.

Mit dieser Rubrik finden Bauunfälle, Schadensergebnisse, technische Neuheiten im Baugewerbe und dergl. Aufnahme Berichte über Bauunfälle und so schnell wie möglich einzusenden)

Bremen. (Bauunfall.) Am Neubau Falterhäuser-Bismarckstraße wurden am Montag, den 2. September, unsere Kollegen Heinz Schüter und Löwen (Lauter), welche im Kellergeschoss an den Fundamentmauern beschäftigt waren, durch die einrutschende Böschung lebendig begraben. Zum Glück konnten beide von ihren Arbeitskollegen in kurzer Zeit aus der gefährlichen Lage befreit und somit vom Erstickungsstode errettet werden. Die Verletzungen der Kollegen sind erfreulicherweise nur leichter Natur. Es brauchten aber nur einige Minuten Zeit verloren zu gehen, und ein großes Unglück wäre geschehen. Die Ursache des Unfalls ist in der Haupthölze auf den anhaltenden Regen zurückzuführen. Eine Absenkung der Erdmasse war vorhanden, konnte aber etwas tiefer eingebaut sein, denn die Erdmasse ist von unten her eingerutscht, und deshalb war auch ein Entkommen unmöglich.

Dortmund. (Bauunfall.) Am Sonnabend, den 31. August, vormittags, verunglückte der Bauhilfsarbeiter Probst am Erweiterungsbau der Polizei in der Leibnizstraße dadurch, daß in der Höhe des Dachgesimses eine Karte mit Mauerziegeln umkippte und diese dem Kollegen auf den Kopf fielen. Sägtenschwanz mußte er ins Krankenhaus gebracht werden. Die Absetzung bei dem Anzuge war nicht in Ordnung. — Am 2. September fuhrte der Bauhilfsarbeiter Johann Meier in einem Neubau an der Lagerhausstraße von der ersten Etage in den Keller, wobei er innere Verletzungen davontrug, die seine Unterbringung im Krankenhaus notwendig machten. Die Unfälle mieteten sich von Tag zu Tag. Von der Baupolizei leben wir jetzt gut nichts.

Düsseldorf. Schon wieder müssen wir von Unglücksfällen berichten, die sich seit der letzten Woche ereignet haben. Am Bahnhof Düsseldorf werden Abrissarbeiten ausgeführt. Dem Polizei Stommele stürzte dabei am 26. August ein größerer Stoß abgerissenes Mauerwerk auf den Körper. Die Befestigungsteile von oben waren überfordert worden. Er starb schon auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Der Verunglückte war verheiratet. Bei diesem Unfall wurde auch einem Helferarbeiter ein Bein entzogen. Ein weiterer Unfall ereignete sich am 27. August in der Brunnstraße. Der Helferarbeiter Josef Giese fuhrte von einem nicht reichweitermäßig gemachten Stoß und wurde mit schweren Verletzungen nach den zuständigen Krankenanstalten gebracht.

Überrieb. Am 31. August ereignete sich am Neubau eines Stalles in Wilmersdorf in Überrieb ein Unglücksfall, indem zwei Zimmerleute infolge Gerüstbruches vier Meter herabstiegen. Die beiden Kollegen, welche schwer verletzt waren, wurden nach dem Krankenhaus übergebracht, wo einer der beiden nach wenigen Stunden verstarb. Der andere wird mit dem Leben gesundkommen. Von der Schule tritt, konnte noch nicht festgestellt werden. Seine Männer waren nicht organisiert.

Hannover. (Bauunfälle.) In der Bergstraße, am Domhofplatz, verunglückten in dieser Woche zwei Kollegen auf dem Beton. Der Arbeiter Gustav Gierke fiel folge eines Fehltritts eine Stiege herunter. Er erlitt mehrere Verletzungen und wurde ins Krankenhaus gebracht werden. Der Maurer Giedroch fiel durch die Entfernung und fiel mit einigen Schraubverbindungen und einer Fraktur am Rücken. Bei seinem Fall ist festgestellt worden, daß die Verbindung am Rost war. Es darf hier erläutert werden, daß in der Regel mit der Herstellung der Schraubenverbindungen die Hände der meisten Maurer zu tun haben. Die leidenden Arbeiter treiben gerade an den großen Bauten, um bedurch zu zeigen, in wie kurzer Zeit sie es fertigstellen können, große Summen heranzubringen. Ein weiterer Unfall traf einen Schreinermeister, den Kollegen A. Kubitsch, welcher eine schwere Schenkelbrüche und eine Hüftverletzung litt.

Görlitz. Am 29. August verunglückte der Kollege Otto Berg auf der Baustelle des Unternehmens Schäfer. Der Kollege war daran beteiligt, in der zweiten Etage eine alte Balkendecke, an welcher Arbeit er beim Absteigen anhielt. Knapper Umschauwesen, fehlen der Sicherheitsvorrichtungen.

Die Lage des Berliner Baugewerbes. Vor einiger Zeit erhielt der Vorsitzende des Verbandes der Baugewerbe von Berlin und den Vororten über das neue Gesetzteil, der die Betriebsordnung auf dem Gebiete Berlins einer inneren Reaktion unterzieht. Das Baugewerbe Berlins befindet sich nach wie vor in recht ungünstiger Lage, und noch ist das Ende nicht absehbar. Es steht da u. s.:

Die Wirtschaft der Betriebe leidet unter einem Verzug an Arbeitsträger, der sich je länger desto schwerer stellt. Seit nun jedem Antrag erlaubt es keiner Person, eigene neue Bergärten zu eröffnen, so dass Schreiner, Zimmerleute, und die besten Arbeiter zu Berlin ausgewandert, die eine gewisse Sicherheitlichkeit des Gewerbes auch nicht im entsprechenden Maße gewähren. Der Gewerbeausschuß liegt seiner Ansicht nach sehr bald in vorliegenden Sachen, darüber hinaus kann es nur noch mit einer Verstärkung der Sicherheitsvorschriften möglich sein, um den Betrieb zu erhalten.

London. Zunächst die außerordentlich große Überproduktion an Wohnhäusern eine Einschränkung dieser Tätigkeit gebietetlich verlangt. Daher ist es gekommen, daß der Anteil des soliden Baugewerbes an der Errichtung von Wohnhäusern zu spekulativen Zwecken verhältnismäßig unbedeutend ist, und daß diese an sich gefunde und wertvolle Tätigkeit vielfach von Personen ausgeübt wird, die über ein weites Gewissen verfügen. Die Unzufriedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte es mit sich, daß selbst angelehene Firmen Seiten einer Schwere Krisis durchmachen müssten, und mancher Baugewerbetreibende gezwingt war, seinen Betrieb aufzugeben. Die schlechte Konjunktur währt im Baugewerbe Groß-Berlins nun schon durch mehrere Jahre, und ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Baugewerblichen Arbeitnehmer waren durch Tarifverträge festgelegt, die bis zum 31. März 1913 in Kraft bleiben. Diese Verträge haben sich auch im vergangenen Jahr gut bewährt und Ordnung und Ruhe auf den Arbeitsstätten gewahrt. Am 1. Oktober 1911 erhöhte sich der Tariflohn für alle Kategorien der Arbeitnehmer. Die Lohnerhöhung wurde durch ein Kundschreiben angezeigt und ging ohne jede Beschwerde vorstatten, ein Beweis dafür, wie tief sich die Tarifverträge bei den Angehörigen des Gewerbes eingesetzt haben. Auf den Baustellen wird immer noch die Beobachtung gemacht, daß Arbeitnehmer sich über die Pflichten, die ihnen der Vertrag auferlegt, keineswegs klar sind. Dies läßt sich besonders bei den im Betonbau gewerbe beschäftigten Arbeitnehmern feststellen. Hier rekrutiert sich die Arbeiterschaft meist aus ungelernten Arbeitern, es ist eine starke Fluktuation vorhanden, so daß die Gewöhnung an die Verträge sich nur langsam durchzusetzen scheint.

Was die Fuhrer anlangt, so besteht seit vielen Jahren ein Vertrag mit dem Verein der Fuhrer zur Einigkeit, der auch in diesem Jahre bei der Vergabe von Aufgaben von den Mitgliedern des Verbandes zugrunde gelegt wurde. Der frühere Vertrag mit dem Altkordmauerverein ist noch nicht wieder erneuert worden. Hierbei sei bemerkt, daß in den letzten Jahren im Baugewerbe Berlins die Altkordarbeit etablierte Fortschritte gemacht hat. Sie wird von den besten Baugewerben gepflegt, es stehen tüchtige und gewandte Arbeitskräfte genug zur Verfügung, die unter zweimütiger Anzahl eine durchaus saubere, einwandfreie Arbeit herstellen. Ferner hat der Verband mit den Organisationsen der Maurer- und Zimmerpolierte Verträge abgeschlossen. Folge der im Berichtsjahr eingetretener Lohnerhöhung wurden wie früher gemeinsam von der Berliner Bauträger und dem Verbande die Stundenarbeitszeit neu festgelegt, die für Tagesarbeiten in Groß-Berlin in Tages zu bringen sind. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Materialienpreise einer Revision unterzogen. Das neue Preisverzeichnis wurde nebst einer Begründung für die geringe Erhöhung der Stundenarbeitszeit den Betrieben, Arbeitern und Bauherren überliefert. Durch die wiederholten Eingaben haben die meisten Betriebe die als üblich gelassene Minimallöhne bei der Vergabe der Arbeiten berücksichtigt. Wo das bisher nicht geschehen ist, wird der Verband der Baugeschäfte für die Anwendung der Tagesarbeitszeit nachdrücklich eintraten, zumal diese niedrigere Lohn als in vielen anderen Gewerben bei gleicher geleisteter Arbeitshöhe.

Ein getrennes Spiegelbild der ungünstigen Lage des Sommerfelds ergibt eine Aufstellung in der „Bauwelt“ über die Rentabilität der Terrains- und Baugesellschaften im ersten Halbjahr 1912. Der Aufstellung zugrunde gelegt sind die Bilanzen von 131 Terrainsgesellschaften, die in Form einer Aktiengesellschaft finanziert waren. Von diesen Gesellschaften hatten 81 ihren Sitz in Berlin und Vororten. Die 131 Unternehmungen repräsentieren ein Aktienkapital von insgesamt 308 262 500 M. Die Summe des verlorenen Kapitals hingegen stellte sich auf 593 880 400 M. Es zeigt sich im einzelnen folgendermaßen zusammen:

	In 1000 M.
Aktienkapital	308 262,5
Dilettationen	74 259
Hypotheken	181 322
Konten	30 036,9

Die Ergebnisse dieser Grundstücksgesellschaften weisen gegen das Vorjahr eine ganz auffallende Verschlechterung auf. Berlin und Berlin liegen sich bei 125 Gesellschaften mit dem Vorjahr in Vergleich sezen. Im Jahre 1910 schlossen 86 Gesellschaften, die auf einem Aktienkapital von 238,04 Mill. Mark operierten, mit einem Bruttovermögen von 24,45 Mill. Mark ab. Die Anzahl der geschäftsfreien Unternehmungen sank im vergangenen Jahr auf 59, die Summe des gewinnbringenden Aktienkapitals auf 20,14 Mill. Mark. Der Gewinnüberschuss des Jahres 1911 stellte sich auf 22 Mill. Mark. Die 33 Gesellschaften, die ihre Bilanz für 1910 ohne Gewinn abschließen, erzielten auf ein dividendenberechtigtes Kapital von 65,79 Mill. Mark einen Verlust von 2,60 Mill. Mark. Das verlustbringende Aktienkapital des letzteren Jahres in Höhe von 104,50 Mill. Mark verteilt sich auf 45 Grundstücksgesellschaften. Die diesjährige Gesamtsumme beziffert sich auf 9,87 Mill. Mark. Den jeweiligen Gesamtgewinn um die Verlustbeträge vermindert, ergibt sich für 1910 ein Reingewinnüberschuss von 21,85 Mill. Mark. Der Verlustüberschuss beim Abschluß des letzten Monats betrug sich auf nur 12,13 Mill. Mark. Gewesen am beiderseitigen Aktienkapital, ist der Reingewinnüberschuss der Terrainsgesellschaften von 7,06 Prozent auf 3,98 Prozent gesunken. Auf das gesamte arbeitende Kapital bezogen, so die Quote des Überschusses auf 2,04 Prozent.

Etwas günstiger gestaltet sich das Bild bei den Baugesellschaften. Von solchen liegen aus den Monaten Januar bis Juni d. J. 121 Geschäftsberichte vor. Die Gesamtsumme des arbeitenden Kapitals beträgt auf 245 643 600 M. Für eine vergleichende Darstellung von Gewinn und Verlust lassen sich die Berichte von 110 Baugesellschaften verwerten. Im Geschäftsjahr 1910 erzielten 94 Betriebe mit nominell 105,79 Mill. Mark Aktienkapital einen gesamten Überschuss von 16 Mill. Mark. Im gleichen Jahr war bei 16 Unternehmungen mit einem Nominalkapital von 10,60 Mill. Mark ein Verlust von 2,50 Mill. Mark festzustellen. Das gewinnbringende Aktienkapital hat sich im vergangenen Jahr auf 109,27 Mill. Mark erhöht, abermals bei 91 Gesellschaften. Diesmal ergab sich ein Gesamtgewinn von 12,91 Mill. Mark. 16 mit Unterbilanz abschließende Gesellschaften verfügten am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahrs über 11,61 Mill. Mark. Nominalkapital. Der Minus ist auf 4,17 Mill. Mark gestiegen. Somit ergibt sich bei den Baugesellschaften für 1910 ein Reingewinnüberschuss von 10 169 107 M oder 8,7 Prozent des nominellen Aktienkapitals. Der Gewinnüberschuss ist im vergangenen Jahr auf 8 738 094 M, d. i. 7,2 Prozent gesunken. Gemessen am gesamten verbundenen Kapital errechnet sich der Reingewinnüberschuss des Berichtsjahrs nur auf 3,56 Prozent.

Bekanntmachungen.

Achtung! Verwaltungsstelle Siegen. Achtung!

Die An- und Abmeldung der zu bzw. abreisenden Kollegen ist im Gebiet unserer Verwaltungsstelle derart mangelsaft, daß wir uns genötigt sehen, die Mitglieder an dieser Stelle auf die Pflicht der An- und Abmeldung hinzuweisen. Fast in allen größeren Orten der Kreis Siegen, Altenkirchen, Olpe, Villenburg und Wittgenstein bestehen Zahlstellen, so daß es ein leichtes ist, die Adressen der Vorstandsmitglieder ausfindig zu machen. Sollten Kollegen in Orten arbeiten, wo keine Zahlstellen bestehen, so mögen sich dieselben zwecks Anmeldung und Beschaffung von Material an unterzeichnete Adresse wenden.

Mit kollegalem Gruß:

Der Verwaltungstellenvorstand.
J. A.: Karl Hillenbrand,
Siegen, Sandstr. 36. Telefon 1012

Sterbetafel.

Am 26. August starb unser Kollege Josef Pander, Maurer, im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlstelle Rosenthal.

Am 27. August starb unser Kollege Theodor Brahm im Alter von 28 Jahren an einem Schlaganfall. Zahlstelle Geislau.

Am 27. August verstarb plötzlich in Efferen b. Köln an den Folgen eines Sturzes von der Haustreppe unser Kollege Johann Brahm aus Geislau b. Bonn im Alter von 26 Jahren.

Verwaltungsstelle Köln.

Am 31. August starb unser treuer Kollege Anton Rosenbaum im Alter von 53 Jahren an Lungen- und Leberkrankheit. Verwaltungsstelle Bonn.

Am 31. August starb unser treuer Kollege Zimmerer Ernst Boselt nach halbjährigem Krankenlager (Lungenkrankheit) im Alter von 29 Jahren.

Verwaltungsstelle Goschütz.

Am 3. September starb unser wertes Mitglied Bauhilfsarbeiter Anton Spanier an Lungenentzündung im Alter von 42 Jahren.

Verwaltungsstelle Münster.

Am 4. September starb unser langjähriges Mitglied und Gründer der Zahlstelle Rosenthal August Söder im Alter von 46 Jahren nach zweijähriger Krankheit (Gehirnerweichung). Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben.

Winterzahlstelle Hosenfeld.

Ehre ihrem Andenken!

Statt besonderer Ratsen! Zu dem am Sonnabend, d. 21. September d. J. stattfindenden

Feststiftungsfest der Bauhandwerker von Benthin O.-G.

erlauben wir uns, alle Mitglieder der christlichen Gewerbe nicht ihren werten Angehörigen ganz ergebend einzuladen. Uns und Andersorganisierte haben keinen Zugang. Um der Festfeier die Arbeit zu erleichtern werden alle Kollegen geben, ihre Mitgliedsbücher und abzurufen. Festlokal: Vereinshaus, Schönfelderstrasse (die Schneiderstr. ist gelegen am Rathaus, Alter Ring).

Festprogramm.

Beginn abends 8 Uhr. Preisschießen für Dame und Herren. Von 7 Uhr ab Tanz, verbunden mit Verlosungen und Gesang. Der Gesang wird ausgeführt unter der Leitung des Liedermeisters Kollegen Thomas. Beim Tanz werden regelmäßig alle Gäste gewechselt. Eintritt 75 Pf. Gestartet zu diesem Preise können im Bureau, Kirchstr. 17, am Sonntag, den 15. September mittags von 11—1 Uhr und Freitag, den 20. September abends von 6—8 Uhr im Vorverkauf geholt werden. Außerdem werden Gestarteten auf den Bauten von uns Kollegen zum Kauf angeboten. Die auswärtigen Kollegen können den Beitrag an der Kasse abends einzahlen.

Das Komitee.